

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 9

Hamburg, den 27. Februar 1920.

5. Jahrg.

Inhalt:

Die Wirtschaftspolitik des Friedens von Versailles.	Seite 133
Die Preisentwicklung der deutschen Kohle.....	136
Länder-Berichte:	
Deutschland	138
Die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie	140

England	Seite 142
Südafrika	145
Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Geld und Kapital	148
Schifffahrt und Schiffbau	149
Rohstoffe und Warenmärkte	151

Die Wirtschaftspolitik des Friedens von Versailles

V. Abschließende Betrachtungen

Nachdem in den vorausgegangenen Aufsätzen versucht wurde, die Wirtschaftspolitik des Vertrages von Versailles in ihren Grundzügen darzulegen und ihre Unvereinbarkeit mit den Wilsonpunkten zu zeigen, bleibt jetzt noch zu fragen, ob diese Bestimmungen sich wenigstens „realpolitisch“ rechtfertigen lassen. Das heißt: ob sie in richtigem Verhältnis zu den Absichten stehen, welchen andere Teile des Friedensvertrages Ausdruck verleihen, und zu den Kräften, über die Deutschland als Wirtschaftskörper noch gebietet. Für die Beantwortung dieser Fragen können wir uns fast ausschließlich auf englische Quellen stützen.

Mit ihrem großartigen Sinn für Tatsachen hat die englische Regierung nicht nur, wie der alte Büsch es formuliert hat, „gewissermaßen die Handhabung des Anshungerungssystems auf sich genommen“, sondern sie hat auch nach Beendigung des Krieges die Wirkung durch wissenschaftliche Sachverständige ermitteln lassen. Wir entnehmen dem uns vorliegenden „Bericht über die Ernährungsverhältnisse in Deutschland“¹⁾ von Dr. Ernest H. Starling die folgenden, zusammenfassenden Sätze:

„Es ist demnach sicher, daß das durchschnittliche Individuum, wenn es in seiner Familie lebte, weniger als zwei Drittel der Menge (an Kalorien) erhielt, die von allen Autoritäten als angemessen für die Erhaltung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit erachtet wird. . . . Eine der Menge nach so eingeschränkte und in der Qualität so unzulängliche Ernährung bedeutet langsames Verhungern.“

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen reichen die Rationen, zusammen mit den sonst erhältlichen Lebensmitteln aus, um die Bevölkerung in ihrem verminderten Gewicht zu erhalten, vorausgesetzt, daß ihr Körperzustand keiner übermäßigen Anstrengung, sei es durch Arbeit oder durch Infektion, unterworfen wird. Aber ihre Widerstandskräfte sind auf ein

niedriges Maß herabgesunken, und wir müssen erwarten, daß sie eine leichte Beute jeder auftretenden Infektionskrankheit werden, vor allem der allgegenwärtigen Keime von Tuberkulose und Lungenschwindsucht.“

„Die Zunahme der Sterblichkeitsrate war bei der Zivilbevölkerung wie folgt: 1915 + 9½ %; 1916 + 14 %; 1917 + 32 %; 1918 + 37 % (verglichen mit dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre).“

„Die Geburtenrate in Deutschland ist gesunken von 27,5 auf Tausend in 1913 auf 15,83 in 1916 und 14,29 in 1917, so daß die Zahl der Geburten jetzt ziemlich unter der Zahl der Toten liegt.“

„Die fast völlige Entziehung der Milch vom dritten Lebensjahre an, und die geringen Mengen der für die Familie verfügbaren Butter bewirken, daß tatsächlich in allen Klassen Rrachitis herrscht, und diese Krankheit nicht länger auf die Klasse der Armen und Unwissenden beschränkt ist. Das Ergebnis ist nicht nur, daß die Widerstandskraft gegenüber Ansteckungen erheblich vermindert ist, sondern auch, daß die kommende Generation gekennzeichnet sein wird durch das Vorhandensein zahlreicher Krüppel, wegen der durch diese Krankheit hervorgerufenen Knochenverkrümmungen.“

„Es ist festgestellt, daß die Sterblichkeit unter den Schulkindern vom 6. bis 15. Lebensjahr für 1918 um 55 % gestiegen ist im Vergleich zum Jahre 1913.“

„Wir haben den Eindruck gewonnen, daß Deutschland als eine Nation gebrochen ist, an Körper wie an Geist. . . . Mehrere Jahre, und große Ausgaben für Kraftfutter und Dünger werden notwendig sein, ehe der Produktivgrad des Landes wieder auf den früheren Stand gebracht werden kann; aber selbst wenn wir diese höchst günstigen Bedingungen annehmen, sowie daß Deutschland von der Welt behandelt wird wie ein krankes Kind, das zur Gesundheit zurückgepäppelt werden muß (as a sick child to be nursed back to health), wird es

¹⁾ Report on food conditions in Germany. Presented to Parliament by Command of His Majesty. [Cmd. 289], London 1919.

doch eine und vielleicht sogar zwei Generationen beanspruchen, ehe es die frühere Leistungsfähigkeit wieder erlangt haben wird. Ob es alsdann eine Gefahr für Europa bilden wird oder nicht, wird von seiner Regierung abhängen. Seine gelehrige und fleißige Bevölkerung ist auf jeden Fall des Krieges müde und bildet nicht länger irgend eine aktive Gefahr für den Frieden Europas.“

Starling verlangt in seinen Schlussfolgerungen, daß Deutschland alsbald mit Kapital in der Form von Nahrung und Rohstoffen versehen werde, zumal dies für die Alliierten zugleich das beste Mittel wäre, die Kontrolle über Deutschlands Wirtschaft zu erlangen und so den größten Nutzen aus den industriellen und kaufmännischen Fähigkeiten der Deutschen zu ziehen.

Dieser Beschreibung der geistig-körperlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, welche die wichtigste Grundlage für die Einkommens- und Kapitalbildung darstellt, wollen wir eine kurze Übersicht über die Einengung der sachlichen Produktionsmittel angliedern, die wir dem anfrüttelnden Buche von Norman Angell, Der Friedensvertrag und das ökonomische Chaos Europas, entnehmen.¹⁾ In Teil III, „What the Treaty does“, stellt Angell folgendes fest:

1. Er raubt Deutschland mehr als drei Viertel der Eisenerze, von denen seine Industrie abhing.
2. Infolge der Übertragung von Kohlenfeldern und der Forderung großer Lieferungen bleibt Deutschland kaum genügend Kohle für den Hausbrand und praktisch nichts für seine Industrien.
3. Er beraubt das Land seiner hauptsächlichlichen Zinkvorkommen.
4. Er beraubt Deutschland wichtiger Kalifundstätten im Elsaß.
5. Er beraubt Deutschland großer, landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, die früher einen Überschuß an Nahrungsmitteln ergaben.
6. Er verlangt die Abgabe von 140 000 Milchkühen...
7. Er beraubt Deutschland all seiner überseeischen Kolonien, die zukunftsreiche Quellen der Rohstoffbeschaffung waren.
8. Er beraubt Deutschland der gemeinsam mit anderen Nationen gehaltenen Nutzungsrechte in Marokko und anderen Gebieten.
9. Er beraubt Deutschland seiner Niederlassungen in China.
10. Er beraubt Deutschland großer Mengen des rollenden Bestandes seiner Eisenbahnen.
11. Er beraubt Deutschland all seiner großen seegehenden Schiffe und kann es zwingen, während mehrerer Jahre seine Schiffbauerzeugnisse den Alliierten anzuliefern.
12. Er stellt seine hauptsächlichlichen Wasserstraßen und seinen Verkehr unter die Kontrolle der Alliierten.
13. Er versperrt den unmittelbaren Verkehr zwischen Deutschland und Rußland, da das Memelgebiet zu diesem Zwecke von den Alliierten annektiert wurde.
14. Er unterstellt einzelne der bisher wichtigsten deutschen Industrien (z. B. synthetische Farben und Chemikalien, Steinkohlenteer-Derivate) Ansprüchen der Alliierten, die ihnen in großem Umfange eine Kontrolle des deutschen Handels in diesen Dingen ermöglichen werden.
15. Er unterstellt Deutschlands auswärtigen Handel

in ausgedehntem Maße der Kontrolle der Alliierten (folgen nähere Ausführungen, unter Heranziehung der Art. 260, 258, 297, 279 usw.).

16. Nachdem er das vorstehende vollbracht hat, bürdet er Deutschland eine Entschädigung auf, welche lediglich bezahlt werden könnte durch eine mit höchstem Wirkungsgrad arbeitende nationale Industrie und einen Außen- und Exporthandel, der sehr viel größer sein müßte als der, den das Land besaß, ehe es die aufgeführten Verluste erlitten hatte (folgen Einzelheiten).
17. Nachdem er vorläufige Zahlungen in angegebener Höhe verlangt hat, verschiebt er die endgültige Feststellung von Deutschlands Schuld bis Mai 1921 (folgen Einzelheiten gemäß Anlage I zu Art. 232).
18. Er unterläßt endlich, irgendwelche positive und bestimmte Vorsorge zu treffen für die unerläßlichen Elemente der deutschen Industrie: Zulassung unter anständigen Bedingungen (on fair terms) zum Lebensmittel-, Rohstoff- und Frachtenmarkt, und Schutz gegen feindliche Zollunterscheidungsmaßnahmen von seiten benachbarter Staaten — Elemente, durch die allein irgendwelche große Zahlungen ermöglicht werden können.

Angell, der schon in früheren Schriften ein starkes Gefühl für die internationale Verflechtung der großen Volkswirtschaften bewiesen hat, betont immer wieder, daß nichts notwendiger sei, als zuerst Deutschland mit Rohstoffen zu versorgen. „Die Entgegnung, daß „our people must come first“ ist belanglos für das hier entwickelte Argument. Wenn die Deutschen nicht wieder zur Arbeit gebracht werden können, so ist es unser Volk, das leiden wird.“ In einem sehr anschaulichen Beispiel sagt er: „Was vorgeht, ist etwa das folgende: Damit eine deutsche Chemikalienfirma Drogen in China verkaufen kann, werden die von der Fabrik beschäftigten Arbeiter mit russischem Weizen ernährt, der mit einer englischen Mähmaschine geerntet wurde, während die für diese beschäftigten Arbeiter ihr Brot in Canada gekauft haben.“

Blicken wir auf diese Darlegungen einen Augenblick zurück. Wenn es gefällt, sich in einer Weltbetrachtung zu spiegeln, der sich alle austauschenden Beziehungen unter Menschen nur unter dem Bilde des Pferdehandels darstellen, wird mit der flachen Psychologie des Zeitungslesers schnell behaupten, die „wahren Motive“ der geschilderten englischen Einstellung erkannt zu haben. Es sei eben Deutschlands pflegliche Behandlung nur deshalb beabsichtigt, um so viel wie möglich aus der wieder in Gang gebrachten Maschine herauszuholen. Gewiß ist dies ein Beweggrund von erheblicher Bedeutung. Gleichwohl wäre es falsch, in den jetzt aus England kommenden Stimmen einen Unterton von wahrhaft humaner Besorgnis vor einer Verelendung und Versklavung des deutschen Volkes zu verkennen, in dessen Wesen man doch ein Symbol der Entfaltungsmöglichkeiten des Allgemeinen in den Tagen des Friedens erblickt hat. Hier freilich mag der dürre Zweifler hervorheben, daß auch die Furcht vor einem bolschewistischen Infektionsherd inmitten Europas mitspiele. Dies sei gleichfalls zugegeben. Aber da sich alles menschliche Handeln, und somit auch unser eigenes, aus gemischten Motiven speist, so ist es ehrlicher, die Analyse der gegnerischen Absichten insoweit auf sich beruhen zu lassen, als uns ihr offenkundiger Inhalt wieder die Möglichkeit einer aufbauenden Politik gewährt. In diesem Willen, die Hoffnung nicht lediglich auf die Verflügung eigensichtigen Strebens und den mechanischen Zusammenhang der wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu stellen, werden wir bestärkt durch den Eindruck der großen geistigen und

¹⁾ The peace treaty and the economic chaos of Europe, London 1901.

moralischen Tat, die das Buch von John Maynard Keynes für die Lösung der gegenwärtigen gesamteuropäischen Krisis darstellt.¹⁾

Die Bedeutung des Buches liegt nicht in erster Linie darin, daß es, in ähnlichen Gedankengängen wie die, in denen sich Norman Angell bewegt, den wirtschaftlichen Widersinn des Vertrages schildert, sondern daß es zugleich von einer großen geistigen Spannung und einer fast kosmischen Leidenschaft um das Schicksal Europas getragen wird. In plastischer Sprache wird jener Kreis der Vier in Paris geschildert, und namentlich Wilson dem Verständnis so nahe gerückt, als es überhaupt eine eindringliche psychologische Erfassung vermag. Er zeigt, welche Kräfte in Wilson selbst und in seiner europäischen Umgebung dahin wirkten, die im Vorvertrag feierlich angenommenen Punkte immer mehr ihres wesentlichen Gehaltes zu berauben, und wie Lloyd George, nachdem er in letzter Stunde geneigt ist, den deutschen Gegenvorschlägen zum Teil zu entsprechen, es zu seinem Schrecken unmöglich findet, „to de-bamboozle this old Presbyterian“, nachdem er ihm fünf Monate lang vorgeschwindelt hatte, daß alles im Vertrag niedergelegte „just and right“ war.

Auf diese geschichtliche Seite des Buches soll hier aber nicht näher eingegangen werden, zumal es ohnehin binnen kurzer Zeit mehr Leser gefunden haben wird, als sie jemals dem Vertrag von Versailles beschieden sein werden. Der wirtschaftspolitische Inhalt, der in unserem Zusammenhange von Interesse ist, stützt sich vor allem auf eine Grundanschauung, deren lebendige Erfassung allein eine wirkliche Beendigung und Überwindung des Krieges bedeutet: daß Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in jedem geistigen Sinne eine Einheit sei, und daher Sieger und Besiegte auf Gedeih und Verderb miteinander verknüpft wären. England selbst, das mit seinem Schwerpunkt außerhalb Europas liege, habe diese Wahrheit noch kaum begriffen, aber sie werde auch dort langsam Gestalt gewinnen.

Keynes erscheint der Vertrag nicht nur unhaltbar, weil er eine schwere Verletzung des Waffenstillstandes bedeutet, nicht nur, weil der Vernichtungsplan Clemenceaus in unvereinbarem technischen Widerspruch zu dem Ausbeutungsplan Lloyd Georges steht, sondern weil es für seine Anschauung des Problems wirklich kaum noch Sieger und Besiegte, sondern nur ein dem Abgrund zuwankendes, todwundes Europa gibt. Er unterwirft namentlich die Wiedergutmachungsbestimmungen seiner zugleich auflösenden und aufbauenden Kritik, und sammelt die Ergebnisse seiner Arbeit unter vier Überschriften: Revision des Vertrages — Regelung der interalliierten Verschuldung — Internationale Anleihe und Reform der Geldverfassung — Beziehungen Zentraleuropas zu Rußland.

Aus den im eigentlichen Sinne wirtschaftspolitischen Darlegungen und Zielen des Buches ist das folgende hervorzuheben: Keynes ist Anhänger des Freihandelssystems, und daraus allein ist schon sein Urteil über die Bestimmungen des Vertrages abzuleiten, welche die gesamte Handels- und Verkehrspolitik Deutschlands fremdländischer Kontrolle unterwerfen.

Von diesen im engeren Sinne wirtschaftspolitischen Bestimmungen sagt Keynes: „Sie sind Nadelstiche, Eingriffe und Schikanen, weniger zu beanstanden wegen ihrer tatsächlichen Folgen, als weil sie entehrend sind für die Alliierten im Lichte ihrer Beteuerungen“. Die allgemeinen und besonderen Bindungen des Zolltarifs, insbesondere die Schwierigkeiten, die Deutschland bereitet wurden, sich gegen Luxuseinfuhr zu schützen, kennzeichnet Keynes als „lächerlich und gefährlich“,

als „Beispiele eines sinnlosen, sich selbst übertreffenden Raubsucht“. Schonungslose Kritik trifft die Eingriffe in das deutsche Verkehrswesen, insbesondere die Verknechtung der deutschen Ströme, die er „einer Rechtfertigung nicht fähig“ nennt, jedoch hinzufügt, daß sie mit einigen einfachen Änderungen in ein vernünftiges Statut umgewandelt werden könnten.

In dem zusammenfassenden Schlusskapitel tritt Keynes für die Errichtung einer Free Trade Union unter der Führung des Völkerbundes ein. Ihre Mitglieder sollen dem System der prohibitorischen Hochschutzzölle endgültig absagen und zum gemäßigten Finanzausgleich zurückkehren, mit dem ein leichter Schutz des inländischen Gewerbes, insbesondere auch Abwehr von Luxuseinfuhr und Zusammenhaltung einheimischer Grundstoffe verbunden bleiben kann. Er befürchtet, daß die nationalistisch erregte Atmosphäre Europas sonst einen Rückfall in jene Zeiten hervorrufen könnte, in denen politische Grenzen zugleich die Grenzen wirtschaftlicher Zusammenarbeit waren. „Wirtschaftsgrenzen waren erträglich, so lange als ein ungeheures Gebiet von wenigen großen Reichen umfaßt wurde; aber sie werden nicht mehr erträglich sein, wenn Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland und die Türkei zwischen einigen zwanzig unabhängigen Obrigkeiten verteilt werden.“ Die Bildung einer neuen großen Wirtschaftseinheit ist notwendig, um wenigstens etwas den Verlust an Organisation und Leistungsfähigkeit wieder einzubringen, der aus den zahlreichen, jetzt neugeschaffenen politischen Grenzen zwischen habgierigen, eifersüchtigen, unreifen, wirtschaftlich unselbständigen und nationalistischen Staaten erwachsen müßte. Diese Pläne seien zwar eine Wiederaufnahme des deutschen Traums von Mitteleuropa, aber ohne dessen scheinbare Tendenz zur Ausschließlichkeit, da jeder Staat unter gleichen Bedingungen Mitglied einer solchen, den Weltfrieden gewährleistenden Völkergemeinschaft werden könne. Keynes ist sich bewußt, daß solche Pläne nur eine schwache Aussicht auf Verwirklichung haben, so lange zahlreiche Menschen noch in den Alliierten „Lichtengel“, in den Deutschen und all ihren Verbündeten aber „Kinder des Teufels“ sehen, für die ein Leben am Rande der Armut, umgeben von Feinden, mit Arbeitslosigkeit, Rohstoffmangel, Kindertod und Kinderverküppelung das angemessene sei. Und so endet sein Buch in jenem eigentümlichen Schwebezustand zwischen Glauben und Zweifel, in welchem allein das Alltägliche in seiner fragwürdigen Gestalt erfassbar wird, wenn sein Bestand mit dem Suchlicht des Geistigen geprüft wird. Eine Politik, die sich an die Gesinnung der Menschen wendet, muß sich gewiß allen Ernstes die Frage nach ihrer Möglichkeit vorlegen. Keynes wagt nicht, sie bestätigend zu beantworten; aber sein Glaube, daß die stillwirkenden Kräfte der Dauer auf seiner Seite sind, kann nicht widerlegt werden.

Unabhängig aber von der Befassung mit Kräften, welche noch nicht jenen Grad von unmittelbarer Gegebenheit erreicht haben, mit dem allein das tägliche Leben der Staaten und Völker zu rechnen vermag, erhebt sich die Frage: was soll Deutschland, vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus gesehen, in der nächsten Zeit tun?

Es soll, auch von diesem Gesichtspunkt aus, die Revision des Friedensvertrages anstreben. Aber es soll sich hüten, in eine Revisionshysterie zu verfallen, welche die unbeirrte Wiederaufbauarbeit hemmen könnte durch das Wunschbild eines Zustandes, der erst nach langsamer Umschichtung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeigeführt sein wird. Handelsverträge allgemeinsten Inhaltes, deren Abschluß in früheren Zeiten das ganze Spiel überlebter Requisiten der Politik in Bewegung zu setzen pflegte, werden vermutlich für die nächsten Jahre nur geringe Bedeutung haben. Den-

¹⁾ The economic consequences of the peace London 1919. — Vergl. die Auszüge im „Wirtschaftsdienst“ Nr. 3 vom 16. 1. 1920, S. 38. Eine deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung.

drängendere Aufgaben von viel größerer sachlicher Dichte fordern ihre Lösung: zwischenstaatliche Kredithülfen, Verträge über Rohstoff-Austausch zwecks gegenseitiger Ergänzung der Volkswirtschaften, Abmachungen über die internationale Lenkung der Auswanderung, überstaatliche Steuerkartelle, Arbeitsstundenregelung, Lohntarife. Diese Belastung mit Sachgehalt wird dazu beitragen, der Politik dieses Gebietes einen einfacheren, reineren Sinn zu geben, der sich von dem vergangenen etwa wie der Begriff Hoovers von dem Metternichs zu unterscheiden hätte. Nichts würde jedoch störender sein, als wenn der Deutsche glaubte, in die Behandlung der gekennzeichneten Probleme stets als sentimentalistische Grundmelodie das Verlangen nach einer Revision des

Vertrages einflechten zu müssen, wodurch er bei den Verhandlungen schon durch die Einförmigkeit seiner Parole zum Mißerfolg vorbestimmt sein würde. Vielmehr werden gerade die wirtschaftlichen Vollzugshandlungen, je sachlicher sie vorgenommen werden, umso eher die Gegner selbst zu der Überzeugung von der ökonomisch-technischen Unhaltbarkeit des Vertrages bringen. Aus dem Zusammenwirken der Tatsachen und des Rechtsgedankens, dessen Erneuerung allen den Völkern als Aufgabe gestellt ist, die durch den Waffenstillstandsvertrag verknüpft, durch die Unterschrift von Versailles aber getrennt wurden, muß jener Gesamtwille emporwachsen, der den Vertrag vom 28. Juni 1919 als toten Buchstaben verwirft.

Eduard Rosenbaum

Die Preisentwicklung der deutschen Kohle

Alle die Sorgen, die heute auf unserm wirtschaftlichen Leben lasten, finden sich in der Kohlenfrage wie in einem Brennpunkte zusammen. Die Förderung von Kohle bildet die Grundlage der deutschen Produktion und damit der deutschen Ausfuhr, ohne die wir der lebensnotwendigen Lieferungen des Auslandes an uns ganz entraten müßten. Die Zusammenhänge mit dem Stand unserer Valuta, mit der Lebensmittellage leuchten ohne weiteres ein. Soziale Probleme, insbesondere das des internationalen Arbeitsrechts, in Verbindung damit die Neuregelung von Arbeitslohn und Arbeitszeit schaffen sich am zwingendsten und vernehmlichsten Geltung in der Industrie, die allen andern das nährnde schwarze Brot gibt. Die Kohlenverpflichtungen Deutschlands an die Feinde gehören zu denjenigen Forderungen des Friedensvertrages, die am schnellsten und drückendsten in Erscheinung treten und daher vor allen andern eine Abänderung als unabweislich erscheinen lassen.

Aus all diesen Gründen ist die Entwicklung der Kohlenpreise von solch einschneidender Bedeutung. Sie zwingt die Preise auf allen andern Gebieten unerbittlich in ihre Gefolgschaft.

Wir haben das Steigen der deutschen Kohlenpreise zuletzt in Nr. 9 des „W. D.“ vom 1. 3. 18 zusammenfassend und eingehend dargestellt („Die deutschen Kohlenpreise im Kriege“)¹⁾. Damals mußte die Berichterstattung noch auf die Kriegführung Rücksicht nehmen. Die genauen Preise in allen Einzelheiten mußten der breiten Öffentlichkeit vor-enthalten werden, um dem feindlichen Ausland keine Waffen gegen uns in die Hand zu geben. Seit dem 1. 3. 16 erschienen die Listen der Richtpreise des Kohlensyndikats in veränderter Form, die die Preisunterschiede zwischen den vielen einzelnen Sorten nicht mehr klar erkennen ließ. Derartige Hindernisse bestehen heute nicht mehr, und so kann sich unsere Darstellung auf breiterer Grundlage als bisher aufbauen. Sie geht statt wie seinerzeit von den „Richtpreisen“, die im Abrechnungsverkehr von Syndikaten und Zechen Anwendung fanden, von den eigentlichen Großhandelspreisen aus, weil diese ein weit besseres Bild der tatsächlichen Verhältnisse geben.

¹⁾ Auch seit dem 1. 3. 18 haben wir im „W. D.“ fortlaufend über die weitere Entwicklung der Kohlenpreise berichtet, und zwar in monatlich erscheinenden allgemeinen Industriechroniken. Das Bedürfnis nach einer Übersicht über diese periodisch aneinander gereihten Einzelnachrichten hat sich indes herausgestellt; auch bedarf die letzte für den Monat November erschienene Chronik der Ergänzung. Mit unserm Aufsatz soll ein Versuch begonnen werden, jene monatlichen Zusammenstellungen ganz fallen zu lassen und statt dessen in vertiefter und umfassender Weise die wichtigen industriellen Vorgänge noch mehr als bisher in selbständigen Arbeiten zu behandeln, die zusammen, als Ganzes betrachtet, eine geschlossene Anschauung der industriellen Gesamtentwicklung in Deutschland vermitteln. Nur falls sich die Nowendigkeit herausstellen sollte, gleichwohl die Monatsübersichten in verkürzter Form beizubehalten, ist vorgesehen, sie später wieder aufzunehmen.

Seitdem das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. 3. 19 bzw. die Ausführungsbestimmungen dazu vom 21. 8. 19 durchgeführt worden sind, erfolgt die Festsetzung der Kohlenpreise unter stärkerer Kontrolle der Regierung durch die infolge der „Sozialisierung“ neugebildeten Stellen.

Nach § 61 der Ausführungsbestimmungen setzt der Reichskohlenverband die Brennstoffverkaufspreise fest „unter Berücksichtigung der Vorschläge der Syndikate und der Interessen der Verbraucher“ und gibt nach § 62 auch die Richtlinien für Preisnachlasse. Der Reichskohlenverband besteht aus den Kohlensyndikaten, dem Gaskohlensyndikat und denjenigen deutschen Ländern, die als Besitzer von Kohlenbergwerken mehreren Kohlensyndikaten angehören. Er hat bei (nach § 67 der Ausführungsvorschriften) das Wohl aller Syndikate gleichmäßig zu fördern und soll allenfalls durch besondere Maßnahmen bei Festsetzung der Preise und der Lieferungsbedingungen auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit von Industrie und Handel Rücksicht nehmen. Die einzelnen Kohlensyndikate machen gemäß § 74 dem Reichskohlenverbande Vorschläge für die Brennstoffverkaufspreise und für die Richtlinien der Preisnachlasse.

Die Preisbestimmungen des Reichskohlenverbandes sind nun nicht endgültig. Vielmehr kann Entscheidung des Reichskohlenrats gegen die Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Reichskohlenverbandes durch gewisse bei der Beschlussfassung sich bildende Minderheiten (mindestens ein Viertel der abgegebenen Stimmen, oder mindestens vier Syndikate, oder mindestens zwei Braunkohlensyndikate, oder endlich die Minderheit der Kohlensyndikate von Ober- und Niederschlesien) angetragen werden (§ 81). Den Syndikaten und ihren Mitgliedern steht nach § 80 Beschwerde an den Reichskohlenrat im Falle von Preisnachlässen (§ 62) zu. Der Reichskohlenrat ist bekanntlich aus Vertretern sämtlicher irgendwie am Kohlenbergbau interessierten Kreise zusammengesetzt, nämlich der Länder, der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter wie der verschiedenen Verbraucher und der Sachverständigen.

Der entscheidende Einfluß auf die Preisfestsetzungen des Reichskohlenverbandes liegt jedoch, trotz jener Vorschriften, nicht beim Reichskohlenrate, sondern beim Reichswirtschaftsminister. Das Reich führt die Oberaufsicht über die Brennstoffwirtschaft, auch über die Preisgestaltung, und seine Befugnisse werden vom Reichswirtschaftsminister ausgeübt.

Er ist befugt, durch Bevollmächtigte an allen Beratungen des Reichskohlenverbandes teilzunehmen und zunächst ganz

allgemein Beschlüsse, die dessen Befugnisse überschreiten, Gesetze verletzen oder das öffentliche Wohl gefährden, zu beanstanden. Insbesondere aber die vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreise nach Anhörung desselben und des Reichskohlenrates herabzusetzen. Auf Antrag eines Landes hat er den Reichskohlenrat über die Herabsetzung der Preise zu hören (§ 112 der Ausführungsbestimmungen).

Diese mächtige Stellung des Reichswirtschaftsministers hat zu einem dauernden starken Gegensatz zwischen ihm und den Bergbau-Unternehmern geführt. Der Reichswirtschaftsminister war bisher regelmäßig bemüht, gegenüber dem Verlangen der Syndikate bzw. des Reichskohlenverbandes nach Heraufsetzung der Kohlenpreise zu bremsen, unvermeidliche Erhöhungen aber in mäßigeren Grenzen zu halten. Damit nahm er zwar das Interesse der deutschen Verbraucher wahr, verhinderte aber auch die notwendige Annäherung an die Weltmarktpreise, was uns in unserem Verhältnis zum Auslande nicht zum Vorteil gereichte.

Der Reichswirtschaftsminister kann weiter nach § 113 Stellen einrichten, durch die die Brennstoffverbraucher bezirksweise zusammengefaßt werden. Diese bestimmen dann, unter Zugrundelegung der vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreise, die Kleinverkaufspreise. Ferner sind gemäß § 117 Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern, und für die übrigen Gemeinden die Kommunalverbände, befugt, nach Anhörung von Vertretern der Brennstoffhändler und -Verbraucher ihrer Bezirke, örtliche Kleinverkaufspreise auf gleiche Weise festzusetzen.

Nach § 5 des Gesetzes über die Regelung der Kohlen-

wirtschaft hat schließlich die Reichsregierung der Nationalversammlung bei der Vorlegung des Haushaltsplans für die Kohlenwirtschaft u. a. über die Preisgestaltung der Kohle einen besonderen Bericht zu erstatten. Auch zu anderer Zeit ist der Nationalversammlung auf ihr Erfordern Aufschluß darüber zu erteilen.

Damit sind die zurzeit geltenden Vorschriften über die Kohlenpreise und deren Festsetzung erschöpft. Sie sind durchsichtig und verständlich, vermitteln aber einen Begriff von der Kompliziertheit des bei jeder neuen Preiserhöhung in Tätigkeit tretenden Mechanismus. Wie er bis heute gearbeitet hat, geht aus der weiter unten folgenden Übersicht für die Preisentwicklung der Ruhrkohle hervor, die aber auch die weiter zurückliegende Zeit, die gesamten Kriegsjahre und zum Vergleich das letzte volle Friedensjahr, umfaßt. Die wiedergegebenen Notierungen verstehen sich in *M je t*. Es sind allemal die großen Qualitätsgruppen einheitlich zusammengefaßt, weil es nicht möglich ist, auf engem Raum auch alle Sorten innerhalb dieser einzelnen Gruppen aufzuzählen. Dies würde vor allem auch die klare Erfassung der Entwicklungslinien beeinträchtigen und nur Verwirrung stiften. Dagegen sind die Sorten insofern berücksichtigt, als jeweils in eine Gruppe der niedrigste Preis (für die absolut schlechtestbezahlte Sorte) und der höchste Preis (für die absolut höchstbezahlte Sorte) herausgegriffen sind. Zwischen dieser unteren und oberen Grenze liegen also die Notierungen für die vielen Sorten innerhalb der einzelnen Gruppen. Zur Beurteilung der Preisentwicklung der Gruppen selbst genügt es vollkommen, in jedem Falle jene beiden Marksteine der Preisbewegung zu kennen.¹⁾

Großhandelspreise für Ruhrkohle vom 1. 1. 1913 bis zum 1. 2. 1920 (in <i>M je t</i>):									
Beginn der Geltung	Gas- u. Flammkohle	Fettkohle	Magere Kohle	Koks	Briketts				
1. 1. 1913.....	6,75 bis 15,—	11,25 bis 14,50	6,25 bis 25,50	15,50 bis 23,—	11,— bis 14,25				
1. 4. 1913.....	8,— " 15,50	12,— " 15,—	7,25 " 26,—	16,50 " 24,—	11,50 " 15,—				
1. 4. 1914.....	7,— " 15,—	11,25 " 14,50	6,25 " 25,50	15,— " 22,—	11,— " 14,25				
1. 4. 1915.....	9,— " 17,50	13,— " 17,50	7,50 " 28,50	15,— " 21,—	13,— " 17,25				
1. 9. 1915.....	10,— " 18,50	14,25 " 18,50	8,50 " 29,50	16,50 " 22,—	14,— " 18,25				
1. 4. 1916.....	10,— " 18,50	14,25 " 18,50	8,50 " 29,50	18,— " 23,50	14,50 " 18,75				
1. 1. 1917.....	12,— " 20,50	16,25 " 20,50	10,50 " 31,50	21,— " 26,50	17,75 " 22,—				
1. 5. 1917.....	14,— " 22,50	18,25 " 22,50	12,50 " 33,50	24,— " 29,50	20,25 " 24,50				
1. 9. 1917.....	14,— " 22,50	18,25 " 24,90	12,50 " 33,50	28,80 " 35,40	23,20 " 28,—				
1. 10. 1917.....	19,20 " 29,40	24,30 " 29,40	17,40 " 42,60	32,40 " 39,—	25,70 " 30,50				
1. 9. 1918.....	21,75 " 31,95	26,85 " 31,95	19,95 " 45,15	36,— " 43,20	28,25 " 33,05				
1. 1. 1919.....	36,20 " 46,40	41,30 " 46,40	34,40 " 59,60	58,90 " 64,90	43,95 " 48,75				
1. 5. 1919.....	56,20 " 68,40	61,30 " 68,40	54,40 " 81,60	88,90 " 100,90	67,45 " 72,25				
1. 6. 1919.....	56,20 " 68,40	61,30 " 68,40	54,40 " 81,60	88,90 " 100,90	69,90 " 74,70				
16. 6. 1919.....	62,30 " 75,10	67,40 " 75,10	60,50 " 88,30	97,40 " 111,10	74,80 " 79,60				
1. 7. 1919.....	— " —	— " —	— " —	— " —	76,55 " 81,35				
1. 8. 1919.....	— " —	— " —	— " —	— " —	79,45 " 84,25				
1. 10. 1919.....	72,80 " 85,60	77,90 " 85,60	71,— " 98,80	113,15 " 126,85	93,95 " 98,75				
1. 12. 1919.....	81,80 " 97,—	86,90 " 97,—	80,— " 110,20	126,65 " 145,35	104,95 " 109,75				
1. 1. 1920.....	101,80 " 119,50	106,90 " 119,50	100,— " 132,70	153,— " 178,90	147,10 " 151,90				
1. 2. 1920.....	143,60 " 180,90	149,70 " 180,90	139,80 " 226,20	216,30 " 261,30	218,20 " 223,—				

Bemerkenswert ist zunächst die Anzahl der erfolgten Preiserhöhungen in den einzelnen Jahren. 1914 wurde nur eine Änderung und zwar eine Herabsetzung der Preise vorgenommen. 1915 wurden die Preise zweimal, 1916 einmal heraufgesetzt. Dann brachte das Jahr 1917 vier Erhöhungen, dafür das Jahr 1918 wieder nur eine, die vor den Revolutionsausbruch fiel. Es ist notwendig, dahinter einen deutlichen Strich zu ziehen. Denn jetzt setzt die ununterbrochene, stürmische Aufwärtsbewegung ein, die der letzten Zeit das Gepräge gibt. Nicht weniger als sechsmal mußten die Preise im Laufe des Jahres 1919 erhöht werden, und wenn man die Steigerungen des Brikettpreises sämtlich mitrechnet, sogar achtmal. Das Jahr 1920 hat schon bis heute zwei weitere Erhöhungen zu verzeichnen.

So bezeichnend nun auch diese Notwendigkeit, die Preise dauernd zu ändern, ist, die entscheidende Bedeutung kommt dem Ausmaß der jeweils erfolgten Aufschläge zu. So hielten sich die in dem einem Jahre 1917 für die vor der Revolution liegende Zeit außergewöhnlich häufig erfolgten Steigerungen in immerhin mäßigen Grenzen, verglichen mit der späteren Entwicklung. Die Jahre nach Revolution und Niederlage dagegen weisen eine überhitzte Preisentwicklung auf, die alles Gewohnte weit hinter sich läßt. Das Jahr 1918 scheidet hierbei noch ganz aus. Die Folgen der Vorgänge im letzten Vierteljahr 1918 treten jedoch in der Preiserhöhung vom 1. 1. 19 bereits aufs stärkste in Erscheinung.

Vom 1. 1. 13 bis zum 1. 9. 18 war der Preis für Gas- und Flammkohle für die schlechtestbezahlte Sorte von 6,75 auf 21,75 *M je t* gestiegen, hatte sich also stark verdreifacht, für die bestbezahlte Sorte war er in dieser Zeit von 15,— auf

¹⁾ Interessenten können das lückenlose Material im Weltwirtschaftsarchiv einsehen.

31,95 $\mathcal{M}$ je t heraufgegangen, was ungefähr eine Verdoppelung bedeutet. Vom 1. 9. 18 bis zum 1. 2. 20 sind diese Preise dann weiter von 21,75 auf 143,60 bzw. von 31,95 auf 180,90 $\mathcal{M}$ erhöht worden, also gegenüber dem Stande vom 1. 1. 13 auf mehr als das einundzwanzigfache bzw. das zwölfwache.

Ähnliche Relationen ergibt eine Betrachtung der übrigen Gruppen. Die Steigerung beträgt für Fettkohle vom 1. 1. 13 bis zum 1. 9. 18 für beide Sorten mehr als das Doppelte; bis zum 1. 2. 20 haben sich die Preise dann gegen den 1. 1. 13 mehr als dreizehnfach bzw. 12 $\frac{1}{2}$ fach. Verglichen mit dem Ausgangspreis ist die schlechtestbezahlte Sorte der Magerkohle bis zum 1. 9. 18 um das Dreifache, bis zum 1. 2. 20 dagegen um mehr als das 22fache gestiegen. Sie hat überhaupt unter allen Sorten bzw. Gruppen die größte Steigerung aufzuweisen. Die bestbezahlte Sorteging bis zum 1. 9. 18 um nicht ganz das Doppelte, bis zum 1. 2. 20 um etwa das Neunfache herauf. Koks wurde bis zum 1. 9. 18 um das 2 $\frac{1}{2}$ fache bzw. nicht ganz das Doppelte bis zum 1. 2. 20 aber um das 14- bzw. ca. 11 $\frac{1}{3}$ fache teurer. Für Briketts lautete der Multiplikator am 1. 9. 18 für beide Arten ca. 2 $\frac{1}{3}$ —2 $\frac{3}{4}$ am 1. 2. 20 aber ca. 20 und 15. 6.

Nimmt man alle Gruppen zusammen, so ergibt sich eine Preissteigerung bis zum 1. 9. 18, die sich zwischen dem Zweifachen und Dreifachen des Preises vom 1. 1. 13 bewegt. Am 1. 2. 20 dagegen beläuft sie sich auf das 9-22fache dieses Preises.

Das Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot an Kohle hat zur Folge gehabt, daß die geringerwertigen Sorten zu früher nicht geahnten Ehren gekommen sind. Man reißt sich selbst um sie! Dies äußert sich auch im Preis. Aus den oben wiedergegebenen Zahlen geht hervor, daß die Preise für die dem Betrage nach niedriger bezahlten Sorten durchweg erheblich mehr gestiegen sind als die höchstbezahlten Sorten, wenn man das Verhältnis der Preise dieser Sorten zu einander untersucht. Die folgende Übersicht über diese Zahlen soll dies noch deutlicher machen:

Multiplikator gegenüber 1. 1. 1913:

Gas- u. Flammkohle	am 1. 9. 18	am 1. 2. 20
untere Preisgrenze	3,22	21,24
obere "	2,13	12,06
Fettkohle		
untere Preisgrenze	2,39	13,33
obere "	2,20	12,48
Magere Kohle		
untere Preisgrenze	3,19	22,37
obere "	1,77	8,87
Koks		
untere Preisgrenze	2,32	13,95
obere "	1,87	11,36
Briketts		
untere Preisgrenze	2,75	19,84
obere "	2,32	15,65

Das Verhältnis der beiden Sorten hat sich also hiernach folgendermaßen verschoben: Für Gas- und Flammkohle von

3,2:2,1 auf 21,2:12, für Fettkohle kaum, für magere Kohle von 3,2:1,8 auf 22,4:8,9, für Koks von 2,3:1,9 auf 13,9:11,4, für Briketts von 2,7:2,3 auf 19,8:15,6. Mit diesen Zahlen sind die am 1. 1. 13 bestehenden Relationen der beiden Sorten zueinander in jeder Gruppe zu multiplizieren, um die Änderung am 1. 9. 18 bzw. am 1. 2. 20 festzustellen.

Bei Vergleichen mit der Friedenszeit ist nun noch in Rechnung zu stellen, daß die heute gelieferten Kohlen mit Steinen stark vermengt sind, was früher nicht entfernt in diesem Maße der Fall war. Die Gründe, die dafür angegeben wurden, gehören nicht in diesen Zusammenhang: Lässigkeit der Arbeiter, Verschlechterung in der Technik des Abbaus, mangelhafter Zustand der Kohlenwäschern und -sieberen. Die Steine müssen jedenfalls mitbezahlt werden, weshalb der auf sie entfallende Hundertsatz des Kaufpreises eigentlich dem Preise noch hinzugezählt werden muß, um eine genaue Vergleichsbasis zu haben. Im Frieden stellte sich der Aschegehalt der Kohle durchschnittlich auf ca. 6,5%. Nach von der „Hanomag“ (Hannoversche Maschinenfabrik A.G.) in der Zeit vom 7. 5. bis 16. 8. 1919 vorgenommenen Untersuchungen schwankte der Aschegehalt der dazu benutzten Proben zwischen 12,4 und 47 v. H. Das mittlere Ergebnis von 28 angestellten Untersuchungen belief sich auf 19,93 v. H. Aschegehalt, also ca. 13,5 v. H. mehr als in Friedenszeiten. Es sind danach 13,5 v. H. der jetzigen Kohlenpreise ihnen zuzuschlagen, wenn man sie mit den Friedenspreisen vergleichen will.

Für die Steine muß nun auch noch ebenso wie für die wirkliche Kohle die Kohlensteuer und Umsatzsteuer entrichtet werden. Ein entsprechender Betrag wäre daher weiterhin auf die Kohlenpreise anzurechnen. Die Kohle ist nach alledem noch bedeutend teurer, als die Preisnotierungen besagen.

Ich letzter Zeit ist es üblich geworden, bei eintretender Preiserhöhung den Betrag des Zuschlages zu differenzieren und zwar nicht nur nach den regelmäßig in Ansatz gebrachten Unkosten (Löhnen, Materialverteuerung, Steuern), sondern auch noch nach besonderer Zweckbestimmung. So sollen Mittel für den Neubau von Bergarbeiter-Heimstätten aus einem Teil des erhöhten Erlöses für die Kohle bestritten werden, ferner für Investitionen zwecks Erhaltung der jetzigen und Wiedererreichung der Friedensförderung. Das Reichswirtschaftsministerium erstrebt die Verwaltung des durch die Erhöhung der Kohlenpreise für die Neu- und Erweiterungsbauten aufgebrauchten Kapitals seitens eines vom Reiche ernannten Kuratoriums und den Erwerb von Anteilsrechten bzw. festverzinslichen Forderungsrechten seitens des Reiches gegenüber den Zechen in Höhe der aus solchen Quellen investierten (natürlich vorher abgegrenzten) Beträge. In Unternehmungskreisen wird dies als eine Sozialisierung auf Umwegen bezeichnet. Der Erfolg dieser Bestrebungen bleibt abzuwarten.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Deutschland

Die deutsche Börse 1919

Eine Betrachtung der im abgelaufenen Jahr zu verzeichnenden Börsenbewegung bringt erneut und mit verstärkter Wucht alle jene Vorgänge zum Bewußtsein, die dem deutschen Wirtschaftswesen auf lange hinaus das Gepräge verleihen werden. Der Friedensvertrag hätte vieles heilen können. Er hat Keime der Hoffnung erstickt und Bestehendes zertrümmert. Die Stimme der Vernunft forderte vergebens das

Recht auf Arbeit für das arbeitsamste Volk, dessen Erzeugung und Verbrauch der Weltwirtschaft eine machtvolle Stütze geboten hatte. Mit der Arbeitsmöglichkeit schwindet der Leistungswille, und die Zwecklosigkeit des Strebens wirft ihr lähmendes Neß über Organisation und Disziplin der Massen. Der deutsche Wirtschaftskörper, von dessen Gedeihen und Kraft die Sieger die Hoffnung auf eigene Gesundung

schöpfen durften, ist erschüttert. Langsam erst beginnt jenseits der Grenzen die Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Schicksale aufzudämmern.

Die nachfolgende Aufstellung der Wechselkursnotierungen an den verschiedenen Jahres- und Vierteljahrsschlußterminen vergegenwärtigt mit bedauerlicher Deutlichkeit den Tiefstand des Ansehens, auf dem die deutsche Währung gegenüber den Währungseinheiten fast aller Länder angelangt ist:

	Ultimo					
	Dez. 16	Dez. 17	Dez. 18	März 19	Juni 19	Sept. 19
Wien (altes).	63,95	64,20	53,95	47,95	46,45	30,95
„ (D. Östr.)	—	—	—	—	—	32,45
Prag	—	—	—	—	—	78,15
Budapest ...	—	—	—	—	—	82,65
Holland	238,75	220,75	346,—	440,—	535,—	839,—
Dänemark ..	163,—	161,50	220,50	271,—	321,—	483,25
Schweden ..	171,75	171,75	243,25	290,75	349,—	554,25
Norwegen ..	165,—	170,25	232,75	281,75	340,—	519,25
Helsingfors ..	—	—	81,25	101,75	104,75	107,75
Schweiz	116,87½	117,50	173,25	217,75	250,—	409,50
Spanien	—	124,50	136,—	159,—	273,—	429,50

Seit Anfang Januar 1920 ist eine weitere, bei einer Anzahl der Devisen recht erhebliche Verschlechterung des deutschen Kurses eingetreten. Die nicht angeführten Wechselkurse der bisher feindlichen Länder wichen ihrerseits in der allgemeinen Entwicklung gegenüber dem Markwechsel nicht unerheblich untereinander ab, entsprechend der außerordentlichen Verschiedenheit in der Bewertung der Ententedevisen untereinander, sowie der Ententedevisen gegenüber gewissen neutralen Devisen. Es sei nur daran erinnert, daß das £ zurzeit für den New Yorker Dollar ein Aufgeld von über 27 % zahlen muß, vom französischen Franken aber seinerseits ein solches von nicht weniger als 85 % verlangt. Der französische Frank wiederum ist überwertig nur gegenüber den Währungen der Mittelmächte und der östlichen Anschließstaaten, nebst Italien (gegen letzteres mit 20 %), zahlt dagegen seinerseits ein Agio von rund 140 % an Schweiz und Spanien und mehr als 150 % an New York. In der Entwicklung der deutschen Valuta muß, von der fast ununterbrochenen rückläufigen Tendenz abgesehen, die im September 1919 erfolgte Aufhebung der Devisenverordnung geradezu als Markstein angesehen werden. Durch die Aufhebung scheint die Tiefenentwicklung der Kurve ihres letzten Haltes beraubt worden zu sein. Die Kurse von ultimo September dürfen darüber nicht hinwegtäuschen. Sie sind der Schlußstein einer letztmaligen Erholungsperiode, deren Tiefpunkt kurz nach Aufhebung der Verordnung am 16. 9., auf einem Niveau zu verzeichnen ist, das den Notierungen vom Oktoberletzten ganz nahe kommt. Gewiß ist der vorbildlose Sturz der Mark seit jener Entfesselung zu einem großen Teil auf die Befriedigung legitimer Handelsbedürfnisse, auf die Abdeckung fälliger und neuer Verpflichtungen und der berechtigten Vorsorge für kommende Verbindlichkeiten zurückzuführen. Aber auch die Annahme liegt nicht fern, daß deutsches Kapital, sei es zu spekulativen oder noch weniger legitimen Zwecken, Schutz in der Devise gesucht hat. Es sei nur an die scharfe Stellungnahme erinnert, die in den letzten Tagen der Berliner Börsenvorstand gegenüber dem illegitimen Treiben am Devisenmarkt einzunehmen gezwungen war.

Die Entwicklung des Hauptanleihemarktes an der Berliner Börse spiegelt, weit über die wirtschaftlichen Verhältnisse hinaus, die politischen Zustände in nicht mißzustehender Form wieder. Die Ultimomonotierungen lauten:

	Dez. 18	März 19	Juni 19	Septbr. 19	Dez. 19
5% Kriegsanleihe.....	91	84	77	77	78
4 „ Dtsche. Reichsanleihe	79	73	68	72	64
3 „ „	60	60	60	65	60
4 „ Preuß. Consols	83	77	74	73	60
3 „ „	63	62	60	62	51
4 „ II. „Berliner“ Stadtanl.	94	93	91	90	91
4 „ div. Cölner „	94	94	96	98	100
4 „ „Frankf. a. M. „	96	95	93	99	107
4 „ 99/01 Königsb. l. Pr. „	90	90	87	88	86
4 „ 1910 Saarbr. „	90	90	105	118	120
4 „ div. Flensb. „	91	91	104	105	99
4 „ 04/07 Danzig. „	91	91	103	114	101
4 „ 06/07 Mülh. Els. „	102	136	171	223	295
4 „ div. Posener „	90	91	94	88	59
4 „ 09 Straßb. Els. „	95	137	178	227	310

Während die deutschen Hauptwerte, die der Mark nicht entfliehen konnten, wie Reichsanleihe, Konsols usw., sich eine Degradation bis zur 6—7%igen Rente gefallen lassen mußten, konnten doch immerhin gewisse, rein deutsche Stadtanleihen einige Erholung verzeichnen. Dies liegt weniger an einer höheren Einschätzung seitens des Inlandes, als vielmehr daran, daß das Ausland, z. B. Amerika, gerade diese Anleihen als geeignete Kreditunterlagen und Spekulationsobjekte zu befinden beliebte. Ganz anders liegt der Fall bei den Anleihen der Orte, die in den abstimmenden, abzutretenden und abgetretenen Gebieten liegen. Diese dreiviertel-, halb- und nichtmehrdeutschen Werte eskomptierten die Möglichkeiten ihrer künftigen politischen Zugehörigkeit entsprechend dem Verlauf der politischen Verhandlungen und den daran geknüpften Erwartungen.

Recht gemischte Empfindungen muß die Entwicklung des Marktes der unverzinslichen Werte — der Begriff Dividendenwerte trifft in recht vielen Fällen nicht mehr zu — auslösen. Die nachstehende Übersicht der Vierteljahrsschlußnotierungen gibt ein Bild, wie die Kursentwicklung der maßgebenden Papiere in 1919 an der Berliner Börse sich vollzogen hat:

	Vorletzte Dividende	Letzte Dividende	Dez. 18	März 19	Juni 19	Sept. 19	Dez. 19
Bergbau							
Bismarkhütte.	30	5	188	183	183	233	256
B. chum. Guß.	22,5	5	189	183	188	189	235
Dt. Lnxh. Bgw.	10	—	110	121	147	152	215
Gelsenkirch. „	12	6	142	170	157	180	303
Harpener....	12	5	168	146	163	190	238
Hohenlohe-W.	6	0	105	106	99	115	138
Ilse Bergbau.	26	22	302	321	293	385	420
Laurahütte...	12	0	177	148	150	169	185
Oberschl. E. B.	20	5	130	127	111	139	159
Phönix.....	20	8	192	183	189	191	298
Rhein. Stahlw.	12,5	6	132	130	141	166	189
Rombacher...	15	—	146	156	149	156	205
Thale Eisenh..	55½/8	42¾/3	212	238	250	270	327
Maschinenfabr.							
Angsb. Nürnberg.	18	10	184	197	172	200	209
Gebr. Böhrer..	26	12	170	179	164	201	212
Buderus.....	10	7,5	132	136	126	162	206
Daimler.....	30	6	173	221	195	220	263
Dtsche. Waffen	30	30	158	194	220	24	235
Hirsch Kupfer	20	10	159	168	219	243	268
Lnd. Loewe & Co.	32	20	196	245	240	233	270
Mannesmann.	18	6	175	174	171	200	208
Orenst. & Koppel	14	14	143	173	172	192	235
Banken							
Reichsbank...	8,72	8 68	128	137	150	147	133
Berl. Hnd. Ges.	8	8	153	160	148	160	160
Bras. Bk. f. Dtl.	—	—	109	129	—	—	266
Bk. f. Hd. u. Ind.	7	6	114	122	106	118	121
Dtsch. Asiat. Bk.	—	1. D. 1915	91	129	130	150	353
Dtsche. Bank.	14	12	205	220	187	242	265
Disconto Ges..	11	9	165	176	150	175	179
Dresdn. Bank.	8,5	7	140	151	130	145	149
Luxembg. Bk.	8,5	—	196	210	270	246	230
Russenbank ..	—	—	111	108	108	111	126

Schiffahrt	Vorletzte Dividende	Letzte Dividende	Dez. 18	März 19	Juni 19	Sept. 19	Dez. 19
H.-A. P.-A.-G. i. D. 14	—	—	81	91	95	116	124
Hamburg-Süd. i. D. 17	—	—	126	160	149	213	221
Hansa i. D. 16	—	—	165	222	202	276	324
Nordd. Lloyd. i. D. 14	—	—	82	91	95	120	125
Elektrotechnik u. Elektrofinanz							
Akkumulator.	25	20	190	231	239	298	335
A. E. G.	14	10	168	162	181	213	245
Bergm. E. W. .	12	12	133	138	139	159	173
F. & Guilleaume	15	10	140	159	157	213	246
Siem. & Halske	12	—	171	144	165	176	271
Ges. f. elek. Unt.	5	6	96	100	118	123	148
Chemie							
A.-G. für Anilin	18	12	224	215	243	308	250
Bad. Anilin ...	20	12	273	270	339	426	380
Dynamit (Nob.)	20	15	139	165	147	161	163
Elberf. Farben	20	12	271	259	290	370	275
Th. Goldschm.	12	12	170	220	209	326	300
Höchst. Farben	18	12	219	256	300	353	243
V. Köln Rw. Pv.	20	15	133	201	180	209	224
Bränerien							
Patznerhofer ..	14	12	155	209	203	233	216
Schultheiß ...	16	14	208	249	241	274	242
Kaliwerke							
Deutsch. Kaliw.	8	7	136	168	171	216	235
Kaliw. Aschersl.	7	7	134	176	160	203	229
Westeregeln ..	10	10	190	220	220	286	343
Kolonialwerte							
Otavi Minen ..	—	—	90	136	118	272	529
Diverse							
Adler & Oppenh.	20	—	218	250	304	351	419
Aach. Maast.-G.	7 ² St.	38 ² St.	858	1100	1240	2475	3175
Auslandswerte							
Baltimore	1.9.17	—	107	128	108	154	300
Canada 1.10.14	—	—	265	345	325	467	1006
Brown Boveri.	9	9	259	304	360	510	1050
Dt. Übersee-El.	0	—	133	179	204	311	713
Orientbahn ...	5	—	150	235	219	283	450
Schantung ... i. D. 14	—	—	90	135	130	148	625
Steana Romana	16	i. D. 18	257*	280	321	527	950

*) Steuereurs.

Die verhältnismäßige Ruhe, selbst Rückbildung auf manchen Gebieten zu Jahresanfang wich bald jener Bewegung, die seit langem den Gegenstand öffentlicher Erörterungen bildet. Die Hektik des heutigen deutschen Wirtschaftskörpers kommt in der Kurve klar zum Ausdruck. Dividendenlosigkeit oder -kürzung, Stilllegung der Betriebe, Kohlen- oder Transportnot, Streiks, alle diese Momente, auf die der gesunde Körper einst seismographisch genau reagierte, üben heute keinerlei Wirkung mehr. Insoweit hat die Börse sich des Anspruchs begeben, ihre Daseinsberechtigung aus ihrem Wirken als Wirtschaftsbarometer herzuleiten. Auch das Schlagwort von der preistreibenden Wirkung der Entwertung der Mark — im Inland — hält der Prüfung nicht stand. Die gleiche Wirkung hätte sich logischerweise dann auch auf den Kurs der Anleihen erstrecken müssen, die wenigstens, was bei einer großen Reihe von Industriewerten ernsthaft in Frage gestellt ist, auf einen bestimmten Rentenertrag pochen können. Jenes Argument also verfehlt das Ziel. Es ist eine spekulative Orgie, eine Flucht unter ein sicher gewöhntes Dach, über dem man des Auslandskapitals starke Hand zu sehen vermeint. Die Maßlosigkeit der Spekulation zwingt Börse und Banken zu tagelangem Atemholen und Einstellung des regelmäßigen Be-

triebes. Man prunkt an einzelnen Stellen mit fünfzehn-, zwanzig-, fünfundzwanzigtausenden täglichen Börsenaufträgen, die nicht mehr zu bewältigende Masse zwingt zu schnellstem Schalterschluß. Es ist der laute Ruf nach der fremden Hand, von der das „deutsche“ Kapital Schutz erhofft. Hierauf gründen sich alle Hoffnungen der Spekulation. Der Zusammenhang der Kursentwicklung mit der Tendenz der Devisen wird von keiner Seite mehr geleugnet. Deutlich zweigen sich jene Wertkategorien ab, die, so hoffen die Besitzer, das Interesse des überparitätischen Auslands zuerst und am nachhaltigsten erwecken können. Die Abstoßung der reinen Auflösungswerte, z. B. der Anteile von Auslandsunternehmungen und Kolonialgesellschaften, erscheint noch verständlich, obgleich auch deren Gegenwert zur Beschaffung notwendiger Einfuhren verwandt werden müßte. Die anderen Werte aber werden, sinnlos bis auf diesen einen Sinn, von Zeit zu Zeit in die Bewegung hineingerissen. Rentabilität und Aussichten sind abgelebte Begriffe. Nur ein Gedanke herrscht: Wird sich das Ausland für dieses oder jenes Werk interessieren? Das, nicht die zu billige Ausfuhr von Gütern und Produktionsmitteln, ist der wahre Ausverkauf Deutschlands. Fabrikate können durch Arbeit, Produktionsmittel zur Not durch Neubeschaffung ersetzt werden. Nicht so der Besitz an unseren wichtigsten Wirtschaftsbetrieben, in denen deutsche Erfindungstätigkeit, deutsche Organisation und deutsche Arbeiter in alle Zukunft für das fremde Überkapital arbeiten werden müssen. Drinnen die Arbeit, draußen der Lohn. Von draußen auch wird die deutsche Wirtschaft das Gesetz des Handelns entgegennehmen müssen.

Man hat vielfach behauptet, daß das Betriebsrätegesetz mit seinen Bestimmungen eine Erkaltung des Auslandsinteresses befürchten lasse. Wenn das Gesetz es tatsächlich zuwege gebracht haben sollte, das Ausland abzuschrecken, die Aufsaugung zu verlangsamen und zu hindern, so müßte es schon um deswillen als rettende Tat bezeichnet werden.

Der Blick schweift nach Deutsch-Österreich, das seine schmale wirtschaftliche Basis, zur Sicherung der einfachen Lebensnotdurft, heute möglichst restlos in fremde Hände zu übergeben sich glücklich schätzt. Sein wirtschaftspolitisches und politisches Eigenleben gehören der Vergangenheit an. Des kleinen Österreichs Schicksal vollzog sich schnell und mit einer Klarheit, in der Deutschland einen Fingerzeig der Geschichte erblicken darf. Zu diesem Äußersten darf es in Deutschland nicht kommen.

Noch einmal sei es hier ausgesprochen: Die in Erkenntnis dringender Gefahr vorgenommenen Kapitaltransaktionen deutscher Industrien können die Bedrohung nicht völlig beseitigen. Der Ankergrund des neugeschaffenen vielstimmigen Kapitals ist zu unsicher geworden. Ist dieser Boden nicht selbst schon, unerkant, in ausländischem Besitz? Man schütze, solange es Zeit ist, das deutsche Besitzrecht an unserer Volkswirtschaft. Es ist unser wichtigstes Zukunftsaktivum. Wandert es aus, dann wandert mit ihm der Arbeitswille des deutschen Arbeiters.

Hans Otto Lauinger

Referent im Auswärtigen Amt, Außenhandelsstelle

Die Nachfolgestaaten der österr.-ungarischen Monarchie

Der ungarische Friedensvertrag I

Analoge Behandlung mit Deutsch-Österreich — Die Fiktion des Nationalstaates — Lebensmittellieferungen — Staatsschuld — Lieferungen ans Ausland zu Inlandspreisen — Revolutionsfinanzen — Notenumlauf — Valutaklausel und Rohstoffschulden

Der Friedensvertrag, der vor kurzem im Schloß von Neuilly den ungarischen Delegierten unter der Führung des Grafen Albert Appenyei überreicht worden ist, drückt Ungarn zum

Range eines kleinen, fast rein agrarischen Balkanstaates herab. Das Ungarn der früheren Doppelmonarchie hat auf 325 000 qkm 22 1/2 Mill. Einwohner umfaßt. Das Ungarn, das der Weltkrieg

übrig läßt, wird ungefähr 87 000 qkm mit $7\frac{1}{2}$ Mill. Einwohnern bedecken. Ungarn verliert somit fast drei Viertel seines Staatsgebietes und zwei Drittel seiner Bevölkerung. Das künftige Ungarn wird somit nicht wesentlich größer sein als Deutsch-Österreich. Die Friedenskonferenz hat die beiden Staaten formell gleich behandelt. Sie hat den imperialistischen Nachbarnationen freie Hand gelassen, sich aus dem Körper der beiden früheren „Reichshälften“ die Stücke herauszuschneiden, auf die sie aus politischen, nationalen oder wirtschaftlichen Gründen Anspruch erheben. In wirtschaftlich-finanzieller Hinsicht aber ist der ungarische Vertrag fast wörtlich dem deutsch-österreichischen nachgebildet. Wie Deutsch-Österreich für die westliche, so wird Magyarien für die östliche Hälfte der früheren Monarchie zum alleinigen Rechtsnachfolger gemacht. Dabei wird der völlig andersartige Verlauf der Revolution diesseits und jenseits der Leitha vollständig ignoriert. Während sich die Nationalstaaten der österreichischen Reichshälfte auf Grund eines kaiserlichen Manifestes selbständig um eigene Zentren konstituiert haben und Deutsch-Österreich als selbständiger Staat fast am selben Tage und in der gleichen Art entstanden ist wie die Tschechoslowakei oder der S. H. S. Staat, ohne daß Deutsch-Österreich auch nur eine Stunde lang diesem Prozesse Widerstand geleistet oder sich als Träger der altösterreichischen Staatstradition betrachtet hätte, sind die nicht magyarischen Gebiete Ungarns von Truppen der benachbarten Staaten besetzt worden, ohne daß es vorher zu einer nationalen Erhebung gekommen wäre. Erst die rumänischen, südslavischen, tschechischen Besatzungstruppen haben unter der Deckung ihrer Bajonette lokale Regierungen eingesetzt.

Der verschiedene Verlauf der Revolution war nicht zufällig, sondern eine Folge der verschiedenen Struktur der beiden Staaten. Während das alte Österreich seinen Charakter als Nationalitätenstaat nicht nur in der Zusammensetzung seines Parlaments und seiner Regierung, sondern auch in Gesetzgebung und Verwaltung immer stärker zu betonen suchte, um durch möglichst weites Entgegenkommen an die Selbständigkeitsbestrebungen der nicht deutschen Nationen den Staat zu retten, hielt Ungarn bis zum letzten Augenblick an der Fiktion des Nationalstaates mit einheitlich magyarischer Regierung und Verwaltung, Amtssprache, Schulpolitik und an der durch ein besonderes Wahlsystem fast rein magyarischen Zusammensetzung seines Reichstags fest, wobei der ungarischen „Nation“ die nicht-magyarische Mehrheit der Bevölkerung als „Nationalitäten“ gegenübergestellt war. Erst als die Revolution das Regime Karolyi und mit ihm das kleine Häuflein von Intellektuellen ans Ruder brachte, die vorher völlig einflußlos die Unhaltbarkeit des ungarischen Nationalstaates eingesehen hatten, tauchte auf einmal das Ideal der „Östlichen Schweiz“ auf, in der innerhalb eines einheitlichen ungarischen Staatsverbandes alle Nationen als gleichwertige Glieder sich völliger Selbstverwaltung erfreuen sollten. Aber zur Verwirklichung dieses Planes, für den übrigens gar nicht die sozialen und kulturellen Voraussetzungen über Nacht hätten geschaffen werden können, war es zu spät, denn inzwischen hatte auf allen Seiten der Einmarsch der alliierten Truppen begonnen und den Wirkungsbereich der ungarischen Politik auf das Gebiet beschränkt, das mehr als ein Jahr später der Friedensvertrag der Budapester Regierung beließ. Tatsächlich hat Ungarn in den Friedensverhandlungen auch nicht den Versuch gemacht, die Rechtsnachfolge des früheren Königreiches abzulehnen, da es doch politisch ganz offen nach wie vor seine Ansprüche auf das gesamte Gebiet der „heiligen Stefanskronen“ aufrecht erhält. Das stärkste Motiv für die monarchistische Bewegung in Ungarn ist

es, daß der jeweilige Träger der Krone verpflichtet sei, die „Integrität“ des Landes zu erhalten oder wieder herzustellen, was das konservativ gewordene Ungarn nicht gerade zu einem Element des Friedens im südöstlichen Mitteleuropa macht.

Aber der verschiedenen politischen und sozialen Struktur der beiden Reichshälften entspricht auch eine völlig verschiedene wirtschaftliche Struktur ihres Gebietes, die den gleichen finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen eine ganz verschiedene Wirkung verleiht. Um sie kurz zu rekapitulieren: Unbegrenzte mit den Verbündeten solidarische Haftung für alle Kriegsschäden in der bekannten Definition des Vertrages, wobei wie für Deutsch-Österreich auch für Ungarn die bis Ende April 1921 zu bezahlenden Summen offen bleiben. Abweichend vom deutsch-österreichischen Vertrag sind die von Ungarn in natura zu liefernden Gegenstände nicht aufgezählt, sondern die Alliierten behalten sich vor, bestimmte Lebensmittelmengen binnen drei Monaten als Vorschuß für die erst festzusetzenden Naturallieferungen zu fordern. Diese Zurückhaltung ist darauf zurückzuführen, daß Räteherrschaft und rumänische Okkupation das Land furchtbar verwüstet haben, so daß heute ein Überblick über den tatsächlichen Bestand des Landes an Lebensmitteln, Vieh, Rohstoffen, Maschinen und Geräten gar nicht möglich ist. Außerdem räumt Ungarn den Alliierten für fünf Jahre ein Optionsrecht auf Holz, Eisen und zugunsten des südslavischen Staates auf Fünfkirchner Kohle ein. Wir werden sehen, daß Ungarn selbst durch den Friedensvertrag den weitaus größten Teil seines Holz- und Eisenbesitzes einbüßt (die Vertragsklausel ist einfach gedankenlos aus dem deutsch-österreichischen Vertrag übernommen).

Was die Staatsschuld anlangt, so wird wie im deutsch-österreichischen Vertrag zwischen hypothezierten und nicht hypothezierten Vorkriegsschulden, titulierten und nicht titulierten Kriegsschulden unterschieden. Die hypothezierten Kriegsschulden werden auf die Nachfolgestaaten im Verhältnis ihres Anteils an den Pfandobjekten (Eisenbahnen, Salzbergwerken u. ä.), die nicht hypothezierten im Verhältnis ihres Anteiles an den staatlichen Steuereinnahmen aufgeteilt. Die titulierten Kriegsschulden (also die Krieganleihen) werden nach dem territorialen Bestand aufgeteilt, wobei analog Deutsch-Österreich das restliche Ungarn für den ganzen Auslandbesitz an ungarischen Krieganleihen aufzukommen hat; die sonstigen Kriegsschulden hat es allein zu übernehmen. Der monströse Artikel über die österreichisch-ungarische Bank — den bis heute kein Mensch versteht und der schon durch die Ereignisse hinfällig geworden ist — denn die Liquidation der Bank, die am Tage der Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages hätte einsetzen sollen, hat noch immer nicht begonnen — findet sich wörtlich im ungarischen Vertrag, woraus nur so viel hervorgeht, daß Ungarn neben Deutsch-Österreich für die im Ausland zirkulierenden Noten „haftet“. In welchem Verhältnis und in welcher Weise die beiden Staaten die Haftung zu tragen haben, wird nicht gesagt. Die Bestimmungen über die Umrechnung der alten Forderungen und Schulden nach dem Vorkriegskurs der interessierten alliierten Valuten findet sich auch im ungarischen Vertrag.

Von den handelspolitischen Bestimmungen ist hervorzuheben, daß mit der Tschechoslowakei, Polen und Deutsch-Österreich Lieferungsvereinbarungen vorgesehen sind, wonach Ungarn zu Inlandspreisen an diese drei Staaten Lebensmittel, Rohstoffe und Braunkohle gegen Industrieartikel und Steinkohle abzugeben haben wird, wobei die letzte Entscheidung wieder dem Wiederherstellungsausschuß vorbehalten ist. Daß Ungarn auch gegenüber Deutsch-Öster-

reich eine solche Verpflichtung auferlegt ist, hat in Ungarn besondere Empörung hervorgerufen, weil man diese Bestimmung dem Einfluß Renners zuschreiben zu sollen glaubt, wovon natürlich keine Rede ist. Andererseits weist man dort darauf hin, daß eine solche Freiheitsbeschränkung in der Verwertung der landwirtschaftlichen Überschüsse eine schwere Beeinträchtigung des raschen Wiederaufbaus bedeute, weil man dadurch der einzigen Möglichkeit, durch Ausfuhr sich hochwertige Valuten zu verschaffen, verlustig werde.

Welche konkrete Bedeutung haben nun alle diese Bestimmungen? Am 31. Oktober 1918, mit dem die gemeinsame Abrechnung zwischen Österreich und Ungarn tatsächlich und formell aufgelassen wurde, hat die ungarische Staatsschuld betragen: Vorkriegsschulden 7980, Kriegsschulden 33 091, sonstige Verbindlichkeiten 1820, zusammen 42 891 Millionen oder rund 43 Milliarden Kronen. Die Kriegsschuld setzte sich damals zusammen aus 18 500 Mill. Kriegsanleihe, 9000 Mill. Darlehen bei der österreichisch-ungarischen Bank, 1100 Mill. Kassenscheine bei der österreichisch-ungarischen Bank, 1700 Mill. Markschulden in Deutschland (zur Parität berechnet) und 43 Mill. Auslandsschulden in anderer Währung (gleichfalls zur Parität). Seither haben sich diese Schulden sehr beträchtlich erhöht, ohne daß infolge der wiederholten gewaltsamen Umwälzungen über das Ausmaß dieser Erhöhung ein halbwegs klares Bild zu gewinnen wäre. Man schätzt die Schuld des ersten Revolutionsregimes bis zur Einführung der Kommune (also der verschiedenen Kabinette unter Führung des Grafen Michael Karolyi) auf rund sechs Milliarden. Völlig chaotisch war die Finanzgebarung der Räteregierung. Sie soll sechs Milliarden neue Banknoten, teils echt, teils gefälscht in Umlauf gebracht haben, doch wird diese Ziffer von verschiedenen Seiten als viel zu niedrig bezeichnet. Außerdem bestehen noch aus der Rätezeit bedeutende Schulden für Rohstoff- und Warenanforderungen der Räteregierung an private Unternehmungen, die man, um nicht deren Zusammenbruch zu bewirken, gleichfalls in irgend einer Form wird honorieren müssen. Und schließlich hat die konterrevolutionäre Regierung, die seit August am Ruder ist, sehr große Geldbedürfnisse, da die Steuereingänge fast Null sind und die Regierung eine nicht unbeträchtliche Armee unter den Waffen hält. Die Kosten dieser Regierungstätigkeit werden hauptsächlich durch Schatzwechsel aufgebracht, die die österreichisch-ungarische Bank oder die ungarische Postsparkasse eskomptiert.

Wie groß die gesamte direkte und indirekte (durch eskomptierte Schatzwechsel dargestellte) Schuld der ungarischen Regierung an die Notenbank ist, geht aus deren Ausweisen nicht klar hervor. Sie ist mindestens mit 17 bis 18 Milliarden zu veranschlagen. Wieviel von dieser Summe in Zukunft die ungarische Staatsschuld bilden wird, läßt sich

nicht feststellen, weil die Schuld an die Notenbank sich bekanntlich (so wie in Deutsch-Österreich) um die Beträge vermindert, die den in den abgetretenen Gebieten umlaufenden Banknoten entsprechen. Den abgestempelten Notenumlauf in der Slowakei, Siebenbürgen, Südungarn und Kroatien-Slavonien kennt man aber noch nicht. Ungarn selbst hat seine Banknoten noch nicht abgestempelt, so daß es vorläufig noch mit Polen in der ungestempelten Krone ein gemeinsames Zahlungsmittel hat. Den ungarischen Anteil wird erst die Abstempelung feststellen. Er dürfte wohl 10 Milliarden übersteigen. Was die titlierten Schulden anlangt, so wird wohl der weitaus größte Teil auf Ungarn haften bleiben. Die ungarische Wirtschaft war in viel höherem Maße in Budapest konzentriert als die österreichische in Wien, infolgedessen hatte Budapest die weitaus größte Steuerleistung aufzuweisen (was für die Vorkriegsschulden ins Gewicht fällt) sowie durch den weitaus größten Anteil an den Kriegsanleihezeichnungen. In Österreich dagegen hat es neben Wien in Prag, Brünn, Reichenberg, Triest u. a. ansehnliche Wirtschafts- und Finanzzentren gegeben, für deren Anleihebesitz nunmehr die Nachfolgestaaten aufzukommen haben werden. Dagegen ist Ungarn durch einen anderen Umstand vor Österreich begünstigt: Durch das Ausgleichsgesetz der alten Monarchie hatte Ungarn zu den gemeinsamen Kriegskosten bekanntlich nur ungefähr ein Drittel beizutragen (die genaue Quote betrug 36,4 %). Dazu kam, daß das überwiegend agrarische und sozialpolitisch rückständige Ungarn sich nicht annähernd in dem Maße wie Österreich mit sozialen Fürsorgeausgaben (Unterstützungsbeiträgen u. dgl.) belastete wie die westliche Reichshälfte. Infolgedessen ging Gesamtungarn mit einer absolut und relativ wesentlich geringeren Schuld aus dem Krieg hervor als Österreich.

Andererseits wirkt die Valutaklausel im Friedensvertrag auf Ungarn noch viel grausamer als auf Deutsch-Österreich. Denn Ungarn ist mit einem Milliardenbetrag vor dem Krieg gegenüber den Ententestaaten (hauptsächlich Frankreich und Belgien) Schuldnerland gewesen, und in sechs Kriegsjahren hat sich diese Schuld (aus Renten, Pfandbriefen, Gemeindeobligationen usw.) durch Zinsen und Tilgungsrückstände beträchtlich erhöht, so daß an eine Erfüllung dieser Schuld auch nicht annähernd zu denken ist, wobei überdies auch die Rohstoffschulden an die Weststaaten, die beim Zerfall Österreichs hauptsächlich deutsch-böhmischen, also jetzt tschecho-slovakischen Firmen verblieben sind, in Ungarn Budapester Gesellschaften belasten. Ein zweiter Aufsatz soll zeigen, wie die Wirtschaft des ungarischen Rumpfstaates aussieht, der derartige Lasten zugemutet werden, und welche Aussichten sich auf eine wirtschaftliche Erholung des Landes bieten.

Dr. Gustav Stolper, Wien

England

Programm der neuen Parlamentssession — Stellungswechsel gegenüber Mitteleuropa — Nahrungsmittelversorgung

Am 10. 2. trat das Parlament zu seiner zweiten Session zusammen. Es ist vielleicht die wirtschaftlich bedeutendste Session, die es je gehabt hat; für die gegenwärtige Regierung ist es sicher die schwierigste. Die Aufgaben, die ihr obliegen, wurden in der Thronrede aufgezählt, es handelt sich meist um die Lösung von ungelösten Problemen des Vorjahres. Das Gesetz über die Versicherung gegen Arbeits-

losigkeit, über Minimallohn und Maximalarbeitszeit und der Ausbau der Krankenversicherung haben schon zu schweren Kämpfen geführt und werden es wieder tun. Auch die Kohlenfrage muß erledigt werden. Dies soll durch Gesetzgebung nach vier Richtungen hin geschehen: Erwerbung der Kohलगerechtsame (coal royalties) durch den Staat, Beschränkung der Gewinne aus dem Kohlenbergbau, Besserung der sanitären

und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergarbeiter, Reform der gesamten Organisation der Kohlenindustrie. Dagegen lehnte Lloyd George in der Debatte von neuem die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues mit aller Entschiedenheit ab. Für Irland soll beschleunigt das Home Rule Gesetz und ein Gesetz über das Erziehungswesen durch das Parlament gehen. Land- und Luftstreitkräfte sollen neu organisiert, der Verkauf alkoholischer Getränke soll erschwert werden. Die englische Landwirtschaft soll gefördert, der Erwerb von Grundstücken erleichtert werden. Endlich soll das Unterhaus reformiert und ein Gesetzesvorschlag über das Dumping eingebracht werden. Es ist nicht anzunehmen, daß alle diese, wirtschaftlich so bedeutsamen Gesetze in der kommenden Session Erledigung finden werden, im Gegenteil, es ist, schon aus Mangel an Zeit, so gut wie sicher, daß wie auch bei früheren Sessionen der größte Teil der in der Thronrede angesagten Reformen unerledigt bleibt. Aber, und dadurch unterscheidet sich heute die Lage der Regierung von früheren ähnlichen Situationen, die Gesetze sind alle höchst dringlicher Natur und begegnen zum großen Teil einer sehr erbitterten und energischen Opposition in Parlament und Volk. Wenngleich Lloyd George in der Debatte erklärt hat, daß die Regierung nicht daran denke, zurückzutreten, bevor die verfassungsmäßige Parlamentszeit abgelaufen sei, ist es daher nicht ganz ausgeschlossen, daß die Regierung doch über die eine oder andere Maßregel fallen wird, und dadurch gewinnen die Auffassungen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition mehr als vor Jahresfrist an Bedeutung, wo die große Menge des Volkes Lloyd George zubehelte.

In dem Parteiprogramm der Opposition ist für uns die Stellungnahme gegenüber Deutschland bei weitem am wichtigsten. Sie ist am klarsten dargelegt in der Wahlrede von Asquith vor der Wählerschaft in Paisley, die ihn mit gewaltiger Majorität ins Parlament entsandt hat. Im allgemeinen steht Asquith auf dem Standpunkt von John Maynard Keynes. Er verlangt die endgültige Festsetzung einer Wiedergutmachungssumme in möglichst kurzer Zeit und im Höchstbetrag von 2 Milliarden £, denn es gehe nicht an, daß Deutschland, das in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung eine bedeutsame Stelle in Europa einzunehmen habe, mit einem Mühlstein um den Hals belastet werde, dessen Gewicht entsprechend Deutschlands anwachsender Leistungsfähigkeit dauernd zunehme. Die Wiedergutmachungskommission müsse eine Abteilung der Völkerbundsliga werden, in der Deutschland, die anderen besiegten und die neutralen Staaten Vertretungen zu beanspruchen haben. Auch die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages bedürfen einer baldigen Revision. Überhaupt sei der Friede nicht des Namens Friede würdig: „Ich sage Ihnen: er ist nicht Staatskunst, er ist nicht Geschäft, er ist nicht vernünftig, er ist kein reiner Friede, er ist ein Friede, der den Krieg mit Krieg beendet.“ (Lauter Beifall.)

Auffallend und beachtenswert ist es, daß auch die Regierung neuerdings zu dieser Auffassung übergeht. Deutlicher noch als in der Unterhausdebatte, deren Ausführungen schon genügten, um in Frankreich zu verletzen, kam dies in außerhalb des Parlaments gehaltenen Reden zum Ausdruck.

Anknüpfend an die Gefahren, die ein Bündnis zwischen Rußland und Deutschland für England in sich schloß, führte der Kriegsminister Churchill (Coalition Liberal) am 15. 2. vor seiner Wählerschaft in Dundee u. a. aus:

„Es ist nicht britisch, einen am Boden liegenden Feind mit Füßen zu treten, das ist noch mehr der Fall, wenn der Feind nicht ein Mensch, sondern eine Nation ist, und noch dazu eine Nation, mit der wir in der Welt recht und schlecht

zusammen leben müssen; eine Nation, mit deren Wohlstand und Fortschritt — mag uns das noch so unangenehm sein — unser eigener Fortschritt verbunden ist, und eine Nation, die leicht von neuem in der Welt die Schrecken der Anarchie und des Krieges entfalten kann, wenn man sie zur Verzweiflung und in den Zusammenbruch hineintreibt.“

In seiner längeren Rede am 21. 1. vor der Handelskammer in Plymouth sagte Sir Auckland Geddes, der stramm konservative Präsident des Board of Trade, unter anderem: „Wir müssen Europa wieder auf die Beine helfen. Wenn ich höre, daß Leute sagen, wir wollen nicht erleben, daß die deutsche Industrie jemals wieder ihr Haupt erhebt, könne er nur sagen, es klänge als sagten sie, wir sollen erleben, daß die Industrie der West Riding of Yorkshire bankerott ist, sobald der Wechselkurs mit Amerika wieder in Ordnung kommt (wegen der dann möglichen Einfuhr amerikanischer Waren), denn das wäre die Folge. Die Handelswelt sollte endlich aus dem Krieg gelernt haben, daß die Nationen abhängig voneinander sind, nicht unabhängig. Er warne vor Nachgibigkeit, gegen internationalen Haß und Verachtung. Was wir an unseren Feinden getan haben, muß jeden zufriedenstellen: sie sind geschlagen und gedemütigt. . . . Nicht aus Sentimentalität, nicht einmal aus Humanität, — wenn Sie wollen, lassen Sie solche Momente unbeachtet — nein, rein aus Eigennutz, kommen Sie heran, heben Sie ihre früheren Feinde auf, und suchen Sie sie wieder auf die Füße zu stellen. Wenn wir es nicht tun, werden wir Europa zerschellt lassen, und die Lähmung, die es befallen hat, wird auch unser nationales Leben paralysieren. . . .“

Diese Gedankengänge, vor allem, daß das wirtschaftliche Wohl und Wehe Englands mit dem ganz Europas einschließlich Deutschlands, aufs engste verbunden sei, finden natürlich auch ihren Weg in die Presse. So knüpft die „Times“ trotz ihres Deutschenhasses und ihres Mißtrauens gegenüber Deutschland an die Ausführungen Sir Auckland Geddes' keinen Kommentar, sondern gibt sie sogar unter der Überschrift: „Pick up your late enemies“ wieder. Der „Weekly Graphic“ gar, der regelmäßig die Ansichten und Meinungen der englischen konservativen Aristokratie wiedergibt und wie wenige Blätter in England über die Absichten der Regierung orientiert ist, bringt Ausführungen, über Deutschlands Katastrophe (plight), die von einer gewissen egoistischen Sympathie zu Deutschland getragen sind und mit der Forderung schließen, daß Deutschland Rohstoffe und Kredite zur Verfügung zu stellen seien. Dagegen ist Lloyd George noch mit dem freien Ausdruck seiner Meinung etwas zurückhaltender. Die Stimmung der großen Masse des Volks läßt sich hier nicht genau beurteilen. Sie wird ja leicht durch die Presse zu beeinflussen sein. Immerhin ist es nicht gar zu lange her, daß einem nicht als Deutschen erkannten Bekannten des Verfassers gesprächsweise von einem Droschkenkutscher in London gesagt wurde: Do you really mean to say an honest english cabby will ever again drive a bloody Hun?

Die erste Folge des Wunsches, Deutschland wieder aufzubauen und die Scheu davor, es zum äußersten zu treiben, war zweifellos das Einlenken in der Auslieferungsfrage. Weiter hat das Schatzamt einen Wiederaufbaufonds für Mittel- und Osteuropa von 12½ Mill. £ ausgeworfen. Die Summe kann erhöht werden, falls sich die Vereinigten Staaten mit einem gleichen Betrag beteiligen, jedoch darf die Gesamtsumme der von England aufzubringenden Gelder für diesen Zweck 22½ Mill. £ nicht übersteigen. Die Gelder sollen nicht dazu dienen, für Mitteleuropa in den Vereinigten Staaten Rohstoffe anzukaufen, auch nicht in Form von Darlehen von Regierung zu Regierung gewährt werden. Sie komme

für alle Staaten Mittel- und für die neuen Staaten Osteuropas in Betracht. Wenn also überhaupt ein Teil der Gelder in Deutschland zur Verwendung gelangt, wird es sich nur um eine geringe Quote handeln können. Charakteristisch an diesem Projekt ist der Versuch, die Vereinigten Staaten, deren ablehnende Haltung europäischen Verhältnissen gegenüber in dem Brief des Schatzsekretärs Glass mit brutaler Offenheit zum Ausdruck kam, am Hilfswerk zu beteiligen.

Dieser Umschwung in der Stimmung ist zweifellos zum erheblichen Teil auf die Angst vor der Konkurrenz Amerikas in Mitteleuropa, auf dessen Haltung gegenüber der Entente und auch auf die Propaganda der liberalen Partei zurückzuführen, der es allmählich gelingt, die Erkenntnis der ökonomischen Wechselbeziehungen unter den Völkern zum Allgemeingut in England zu machen. Auf den engen Zusammenhang der kontinentalen Wechselkurse mit den englischen wurde in Nr. 7 hingewiesen. Daß politische Seuchen ebenso ansteckend sind wie die durch Bakterien hervorgerufenen ist bekannt und es ist hier nicht der Platz diese Tatsache näher zu erörtern. Die durch die Teuerung hervorgerufene wirtschaftliche Prädisposition zu solchen Epidemien zu bekämpfen, muß eine der wichtigsten Aufgaben der englischen Regierung sein. In der Aufrichtung Mittel- und Osteuropas findet man zugleich den Weg, den eigentlichen Herd dieser Epidemien aus der Welt zu schaffen und das englische Volk mit billigen Waren zu versorgen.

Mit Erstaunen wird der englische Volkswirt in den Einfuhrmengen der Nahrungsmittel im Jahre 1919 vielfach einen erheblichen Rückgang festgestellt haben.

Es betrug die Einfuhr in 1000 Mengeneinheiten:

a) Warengruppen ult. 1919 erhöhter Einfuhr:		b) Warengruppen ult. 1919 verminderter Einfuhr:	
	1918 1919		1918 1919
Weizen... cwt	57 948 71 432	Weizen- und	
Gerste... cwt	5 025 16 644	and. Mehle cwt	26 360 17 692
Bohnen... cwt	439 731	Erbsen... cwt	2 181 1 136
Mais... cwt	14 490 16 861	Reis... cwt	7 591 2 030
Hammelfleisch, gefr. . . cwt	2 086 4 075	Ochsenfleisch, gekühlt cwt	164 126
Schweinefl., gefroren cwt	100 136	Ochsenfleisch, gefr. . . cwt	7 425 6 367
Ochsenfleisch, gesalz. . . cwt	15 69	Butter... cwt	1 579 1 558
Schinken... cwt	1 555 1 813	Käse... cwt	2 357 2 125
Eier... gr. hund.	2 656 5 644	Fische, ger. od. gesalzen cwt	443 63
Fische, fr. cwt	997 1 067	Schmalz... cwt	2 760 2 178
Margarine cwt	302 459	Kartoffeln cwt	1 016 989
Zucker für den Heimatgb. cwt	18 824 30 659		

(Überhaupt keine Einfuhr fand 1918 und 1919 statt an lebendigem Rindvieh, Schafen, Schweinen, an frischem Ochsenfleisch, frischem Hammelfleisch, gekühltem Hammelfleisch, frischem und gekühltem Schweinefleisch, Kaninchen (1919 848 cwt) und anderem gekühlten und frischem Fleisch, Wild.)

Diese Zahlen sind für den Engländer im höchsten Grade unerfreulich. Sie zeigen, daß trotz des Friedens die Einfuhr in vielen wesentlichen Nahrungsmitteln hinter der des Kriegs zurückgeblieben ist. Nun stehen zurzeit zwar die meisten Nahrungsmittel in genügenden Mengen zur Verfügung. Das geht schon daraus hervor, daß die Kontrolle fast ganz aufgehört hat. Einer vollkommenen Kontrolle durch das Nahrungsmittelministerium unterstehen nur noch Speck, Zucker (6 Unzen etwa 180 g je Kopf und Woche), Schmalz, eingeführte Butter, einheimisches Fleisch, Schinken, Dörrobst, Büchsenfisch, und eingeführter

Käse. Dagegen ist einheimische Butter von der Kontrolle befreit, allerdings sehr teuer und kaum zu haben, weil es vorteilhafter zu sein scheint, Milch auf den Markt zu bringen. Höchstpreise bestehen noch für Äpfel, Kakaopulver, Fische, Geflügel, Kaninchen, Bier, Brot, Eier, Marmelade, Wild, Reis und Spirituosen. Gleichwohl stehen diese letztgenannten Nahrungsmittel in ausreichender Menge zur Verfügung. So ist z. B. Brot, obschon die Bäcker wegen Erhöhung der Arbeitslöhne eine Heraufsetzung des Minimalpreises um $\frac{1}{2}$ d auf $9\frac{1}{2}$ d für den Laib (= 4 lb) gefordert und erreicht haben, sogar in London stellenweise zu nur 8 d erhältlich. Die Frist des Nahrungsmittelministeriums läuft im August dieses Jahres ab, und man denkt jetzt wenigstens nicht daran, sie zu verlängern. Sollte tatsächlich für dies oder jenes Produkt eine Kontrolle noch erforderlich werden, so wird sie, führte George Roberts, der Nahrungsmittelkontrolleur, aus, vom Handelsamt oder vom Landwirtschaftsamt fortgeführt werden. (In Parenthese sei bemerkt, daß der Rücktritt George Roberts von seinem Ministerposten hiermit nichts zu tun hat, sondern lediglich aus parteipolitischen Gründen zu erklären ist; er will die Koalitionspolitik nicht mehr mitmachen.)

Man sieht hieraus, daß zur Zeit zwar in England Mangel nicht besteht. Wie aber steht es mit den Preisen? Es muß alles daran liegen, die Nahrungsmittel billiger zur Verfügung zu stellen, und dem Steigen der Kosten der Lebenshaltung — sie beträgt für den Monat Januar nach den Zahlen der „Labour Gazette“ wiederum fünf Punkte — einen Riegel vorzuschieben. Bei der Abhängigkeit Englands von Übersee und der schlechten Valuta ist das nicht möglich. Nur beispielsweise sei erwähnt, daß man nach der „Times“ v. 9. 2. in England den Regierungszuschuß zum Brot, der im Budget auf 47 Mill. £ geschätzt wurde, gegenwärtig infolge der Verschlechterung des Pfundkurses auf 70–100 Mill. £ veranschlagt. Als billiger Nahrungsmittellieferant kommt eben wieder nur Rußland in Betracht, von dem George Roberts 1 Mill. t Weizen zu erhalten hofft. Die Richtigkeit dieser Zahl wurde allerdings im Parlament angezweifelt, stammt aber, wie Roberts mitteilte, von sachverständigen Schätzern. Wenn es aber wirklich gelingen sollte, England mit billigeren oder billigen Nahrungsmitteln zu versehen, wie sieht es dann mit der Landwirtschaft aus? Man hat in England reichlich spät die Tatsache erkannt, daß die Landwirtschaft der Gesundbrunnen der Volkswirtschaft ist, und man ist entschlossen, die im Krieg gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiet nicht zu wiederholen. Deshalb muß der einheimische Getreidebau und die Viehzucht nach Kräften gefördert werden. Auf Grund der Vorschläge einer parlamentarischen Kommission wird die Regierung ein Gesetz einbringen, das Mindestpreise für Getreide festsetzt und zwar für das nächste Erntejahr für Weizen 68 s je quarter für Gerste 59 s je quarter und für Hafer 46 s je quarter. Für spätere Jahre soll der Mindestpreis durch Kommissionen auf Grund der tatsächlichen Produktionskosten festgesetzt werden. Das System soll 5 Jahre in Kraft bleiben. Sollte der Marktpreis unter diese festgesetzten Preise sinken, so wird der Staat dem Bauern die Differenz vergüten. Ob die Landwirtschaft indessen jemals auch nur annähernd in der Lage sein wird, den englischen Markt zu angemessenen Preisen zu befriedigen, bleibt abzuwarten. In naher Zukunft wird sie es sicher nicht können; und so wird sich die Regierung weiterhin dazu verstehen müssen, auf Brot einen Zuschuß zu gewähren, das wieder die Rolle zu spielen scheint, die ihm im alten Rom zukam.

Dr. Th. Plaut

Südafrika

Die Union steht bereits unter dem Zeichen der Parlamentswahlen, die in der ersten Märzhälfte stattfinden sollen. Bald danach, im Mai, läuft die Amtsperiode des Generalgouverneurs Lord Buxton ab, der erklärt hat, nach England zurückkehren zu wollen. Der Wahlkampf wird im wesentlichen zwischen Hertzog und Smuts ausgekämpft. Nicht ungeschickt zieht der erstere die wirtschaftlichen Folgerungen aus der von ihm bekämpften Politik, indem er seinen Schafzüchtern vorrechnet, daß die Politik ihnen einen Verlust von 10 Mill. £ beim Wollverkauf gebracht und die Staatsschuld um 50 Mill. £ erhöht hätte. Smuts weist demgegenüber auf die große Sicherheit des Geldmarktes hin, auf dem die 7 Mill. £ des umlaufenden Papiergeldes durch 6 Mill. £ Gold und 1 Mill. £ in Silber gedeckt sind; daß seine Politik nicht national sei, sucht er durch den Anspruch zu entkräften, daß die britische Oberhoheit aufgehört hätte für die Union zu bestehen, denn die Südafrikaner wären jetzt Herren ihrer eigenen Angelegenheiten nach innen wie nach außen, für Friedens- wie für Kriegszeiten, eine Sachlage, die ihre äußere Kennzeichnung darin gefunden habe, daß England der Union, wie Kanada und Australien, je eine Stimme im Völkerbunde verschafft hat. Das aber ist wieder der Grund, weshalb die Vereinigten Staaten grollend aus der Interessengemeinschaft der Entente ausgetreten sind. Von großem Schmerz ist er daher erfüllt, daß Amerika „jetzt sein eigenes Werk — an dem Smuts bekanntlich in Person außerordentlich lebhaft mitgearbeitet hat — zerstöre. Alle Opfer, die es für den Sieg der menschlichen Ideale gebracht habe, würden vergeblich gewesen sein, wenn es durch Verweigerung der Ratifikation den Völkerbund seiner Bedeutung beraubt. In Amerikas Hand liege die Rettung der Welt und des Christentums“.

Um die Eingeborenenfrage setzt der Premier den Eiertanz graziös fort, in dem sich die Regierung seit zehn Jahren übt: „Bezüglich der Asiaten sei die neueinsetzende überflutende Einwanderung gestoppt, aber es sei eine neue Gefahr in den Handelsbeziehungen aufgetaucht, und man müsse erst den Bericht der für diese Angelegenheit eingesetzten Kommission abwarten, um keine voreiligen, größere Schwierigkeiten schaffenden Handlungen vorzunehmen“.

Nach südafrikanischen Erfahrungen betrug die Leistung eines europäischen Minenarbeiters 1918 184 tons, die eines eingeborenen 17,23. Uns interessiert dabei weniger die Tatsache, daß die Leistungsfähigkeit seit 1917 um 8,9 %, seit 1915 um 24,8 bzw. 9,6 % heruntergegangen ist, was außer auf die verkürzte Arbeitszeit auch auf die Nachwirkungen der Grippe zurückgeführt wird. Uns interessiert außerordentlich die absolute Zahl, die grundlegend sein muß für jede koloniale Eingeborenenpolitik: Es ist und bleibt ein Unding, den Weißen, der zehnmal so viel leistet als der Farbige, sozial und rechtlich mit diesem gleichstellen zu wollen! Im übrigen herrscht auch in Südafrika das Streikfieber. Auf der Hauptkohlenmine „Wankie“ und einigen kleineren Zechen wurde der achtstündige Arbeitstag und eine Lohnerhöhung von 20 statt, wie gefordert, 25 % bewilligt. Auf einer Goldmine war sogar die Beschäftigung eines Deutschen — 13 Monate nach Beendigung des Krieges! — Grund zum Streik. Es wurde zugestanden, daß die Belegschaft in solchen Fällen gehört werden muß. Überhaupt wird in der Johannesburgergegend noch weidlich gehetzt, während am Kap die Köpfe schon wieder normaler geworden sein sollen.

Die gesamte Bergwerksproduktion der Unionsländer hatte 1918 einen Wert von 846,25 Mill. £ erreicht, wovon

589 auf Gold, 152 auf Diamanten, 41 auf Kohlen, 22 auf Kupfer, 4 auf Zinn und 39 auf andere Minerale entfielen. Der Anteil Transvaals an der Weltproduktion in Gold stieg von 1913 bis 1918 von 40 auf 46 %; sie betrug 35,77 Mill. £. Beteiligten waren ferner die Vereinigten Staaten mit 18, Australien mit 7, Südamerika mit 4, Kanada mit 3,7, Rhodesia mit 3,4, Rußland und Indien mit je 2,65, die übrige Welt mit 9,55 %. Der Preis der Unze ist um 25 % auf 106 s 8 d gestiegen. Unter diesen Umständen steht der Goldschmuggel in Blüte, insbesondere nach Indien, China und dem übrigen Orient.

Nachdem es einem südafrikanisch-amerikanischen Konsortium (The Consolidated Diamond Mines of South West Africa Ltd.) mit dem Sitze in Kapstadt im September gelungen war, für 3½ Mill. £ — nach damaligem Kurse 16 Milliarden M. Papier — 90 % der gesamten südwestafrikanischen Diamantenförderung zu erwerben, konnte die Kontingentierung des Weltbedarfs vorgenommen werden. Auf einer Konferenz von Vertretern der Unionsregierung mit den vier größten Förderern wurden de Beers 51, Premier 18, Jagersfontein 10 und Deutsch-Südwestafrika 21 % zugeteilt. Das Gesamtkontingent wird nach dem Absatz von je drei Monaten berechnet. Den Abschluß der ganzen Operation gibt eine Meldung der „Times“ v. 3. 2., wonach sich die neue Gesellschaft mit der Rand Selection Corporation verschmelzen wird dergestalt, daß 11 Anteile jener 5 Anteilen dieser gleich sein sollen.

„The Journal of Commerce“ v. 26. 1. weiß von aufsehenerregenden Diamantenfunden in der Tlaring-Wüste bei Taungs in Bechuanaland zu berichten. Die Gegend soll mit dem 20. 3. für Schürfung freigegeben werden. Es wird abzuwarten sein, was an der Sache ist.

Der Inhalt der Kohlenflöze ist auf 56 Milliarden t berechnet worden. Der Abbau ist 1913 bis 1917 von 8,8 auf 10,4 Mill. t gestiegen. Die Produktionskosten sind nächst denen in Indien die niedrigsten auf der Welt. Während 1912 das Vereinigte Königreich 9 s, die Vereinigten Staaten 6 s 1 d zahlten, verursachte in der Union die Tonne 4 s 11 d, in Indien allerdings nur 4 s 6 d an Unkosten. Dies ermöglichte die Einfuhr nach der Ostküste Südamerikas, von der die Vereinigten Staaten während des Krieges England verdrängt haben. Man denkt daran, eine eigene Linie Durban—Buenos Aires ins Leben zu rufen.

Von außerordentlicher Bedeutung für die Union können die bei Prieska entdeckten Nitratlager werden, über die jetzt das „Mining Journal“ nähere Mitteilungen macht. Es handelt sich in der Hauptsache um Kalisalpeter, der 3—30, durchschnittlich 10 % der porösen Schiefer ausmacht, die 300 Sq M einer durch Zuflüsse des Orange stark zerklüfteten Hochebene bedecken. Die Fundstelle liegt nur 10 engl. Meilen von der Bahn Prieska—de Aar. Die Ausbeutung ist von der South African Nitrate & Potash Corp. in die Hand genommen, welche für Salpetersäure und Düngemittel das Material liefern will.

Über die Verschiebung der Handelsbeziehungen durch den Krieg liegt eine interessante Statistik vor, die die Einfuhr 1913 und 1918 untereinander vergleicht, allerdings nur dem Werte, nicht der Menge nach. Während die allgemeine Zunahme der Einfuhr 50 % beträgt, hat die aus dem Vereinigt. Königreich sich nur um 18 % erhöht (1918: 26 von 56 Mill. £). Abgenommen hat, abgesehen von den Mittelmächten (Deutschland 3,5 Mill. £ 1913 und 0,02 in 1918), die französische und niederländische Einfuhr, die beide an und für sich nicht beträchtlich waren. Zugenommen haben Kanada um 51 %, die Ver-

einigten Staaten um 80 %, Australien um 98 %, Britisch-Indien gar um 300 %, Belgisch-Kongo um 600 %, Japan um 2300 %. Japan importierte für 2 667 000 statt für 115 000 £.

Die Ausfuhr betrug 1913 26,4, 1917 25,8, 1918 28,9 Mill. £. Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild (Ausfuhrwerte in 1000 £):

	Wolle	Angorahaar	Schaffelle	Häute	Ziegenfelle
1917.....	8782	281	1431	837	363
1918.....	9690	1642	1329	548	405
	Gerbrinde u. Extrakt	Straußenfedern	Mais u. Malsmehl	Fleisch	Kohlen
1917.....	274	175	1927	1044	321
1918.....	412	89	2262	470	11 033

Davon betrug der Einfuhr- bzw. Ausfuhrhandel mit England einschließlich Kolonien 1914 66,8 bzw. 77,9, 1919 69,2 bzw. 68,8 %.

Im ersten Halbjahr 1919 hat die Einfuhr gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 33 $\frac{1}{3}$ % dem Werte nach zugenommen, besonders bei Bekleidung, Säcken, Schuhwaren, Haushaltsgegenständen, Eisen und Stahl, sowie Maschinen, Fahrzeugen, Papier. Die Ausfuhr ist um mehr als 50 % gestiegen. Ganz besonders fällt auf der Aufschwung des so darniederliegenden Straußenfederhandels mit 790 000 gegen 84 000 £ und der Zuckerausfuhr, deren Wert sich versiebenfacht hat. Dabei sei erwähnt, daß mit dem 1. 11. Höchstpreise für Zucker eingeführt sind, die für 100 lb Primaqualität 29 s 3 d, für zweite Qualität 28 s 3 d beim Übergang vom Fabrikanten zum Grossisten und 31 s 3 d bzw. 30 s 3 d beim Übergang vom Grossisten zum Detaillisten beträgt. Der Konsument bezahlt 5 d — in Durban 4 $\frac{1}{2}$ d je lb — als Maximum. Bedeutende Steigerungen weist auch der Ausfuhrhandel von Diamanten (45 %), Fleisch (150 %), Mohair (420 %), Häuten und Fellen (100 %), Wolle (100 %) auf.

Unter den wirtschaftlichen Verschiebungen der letzten Jahre fiel auch der Abfluß des Außenhandels von Lourenço Marquez nach Durban auf. Nunmehr hat das portugiesische Gouvernement von Moçambique angeordnet, den mit der Transvaal-Regierung getätigten Transportvertrag (Portuguese-Transvaal-Convention von 1909) ab 1. 4. 1920 aufzuheben, weil Transvaal seiner Verpflichtung, mindestens 50—55 % seiner gesamten Ein- und Ausfuhr über Delagoa Bay zu leiten, in den letzten Jahren nicht mehr nachkommt. Zur Zeit des Vertragsabschlusses betrug der Durchgangsverkehr ca. 67—68 %. In 1914 gingen über Delagoa-Bay nur 49 % und in 1918 sogar nur 28 %. Durban dagegen kam mit 34 % in 1914 und mit 53 % in 1918 in Frage. Gelegentlich des am 29. 8. 1919 in Lourenço Marquez tagenden Kongresses der Handelskammern von Südafrika kam der Mißstand wieder zur Sprache und es wurde beschlossen, alles aufzubieten, um die Konvention voll und ganz zu erfüllen, um das gute Verhältnis zwischen Transvaal und der portugiesischen Regierung aufrecht zu erhalten.

In derselben Sitzung wurde auch von den Johannesburgern und Durban-Vertretern der Handelskammer vorgeschlagen, bestimmte Vereinbarungen behufs Unterbindung der Handelsverbindungen mit Deutschland zu treffen und vorstellig zu werden, daß Deutschen die Einwanderung besonders erschwert wird. Hierauf erwiderte der Kapstädter Vertreter (Mr. C. Baxter), daß Clemenceau Deutschland schriftlich verständigte, daß durch die Alliierten Deutschlands Handel und Wandel in den alliierten Ländern nicht gehindert werden würde, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage nachkommt. Baxter betonte, daß diese Erklärung Clemenceaus auch für sie bindend sei, worauf man die Angelegenheit fallen ließ.

Deutsch-Südwestafrika wird von seinen neuen Machthabern nach allen Regeln der Kunst entdeckt, wobei es

nicht ohne schmeichelhafte Anerkennung unserer wirtschaftlichen Erfolge abgeht.

„Die Viehzucht blüht“, heißt es in einer Zuschrift aus südafrikanischen Farmerkreisen an die „African World“. „Auffallend ist die gute Beschaffenheit des Rindviehbestandes. Die Schlachtochsen sind besserer Qualität als die der Kapkolonie, weil die Farmer nur auf Schlachtung züchten und die Ochsen nicht erst arbeiten lassen. Auch das mildere Klima spricht hier mit; unter den Herden (von ca. 800—1500 Stück) sieht man selten ein schlecht genährtes Stück. Der Absatz geschieht meistens auf dem Kapstädter Fleischmarkt, da trotz der zu zahlenden 10 s für Einfuhr und 1 £ 7 s 6 d für Eisenbahnfracht dem Farmer immer noch ca. 11—13 £ für den Ochsen von ca. 500—600 Pfund Schlachtgewicht verbleiben. In anbetracht der Verhältnisse ein guter Preis. Die Kapstädter Schlachter geben dem Südwestvieh den Vorzug, weil es sich besser ausschachtet und infolge des durchschnittlich jüngeren Alters der Tiere (gegen die Kapochsen) besserer Qualität ist. Die Pferde sind ebenfalls guter Qualität und da man in der Auswahl von Zuchthengsten und Stuten sehr sachgemäß vorgeht, wird ein gutes Pferd für den alltäglichen Gebrauch produziert. Sie sind hart, stehen auf guten Beinen und haben ein gutes Maß. Für Schafe sind die Distrikte Keetmanshoop, Gibeon und Omaruru besonders empfehlenswert. In der Zucht findet man das afrikanische Fettschwanzschaf und Bastarde, aber auch das rein gezüchtete Karakul, zumal auf der Regierungsfarm. Auf den früheren Regierungsfarmen sind die deutschen Leiter durch Engländer ersetzt, doch sollen eingreifende Abänderungen der bisherigen Betriebsweise in fachmännischer Beziehung nicht stattfinden (weil es nicht besser zu machen ist! H. Z.). Nur die bisherige Straußenfarm Otjitwesu ist in eine reine Schafzucht umgewandelt worden. — Im allgemeinen täfelt man den allgemein üblichen Gebrauch der deutschen Farmer, in erster Linie teure und gewissermaßen luxuriöse Wohnhäuser zu bauen und die Anschaffung von Zuchtvieh erst in zweiter Linie zu betreiben. Ganz besonders gewarnt wird, sich bei eventuellen Ankäufen durch das auffallende besonders schöne Wohnwesen in irgendwelcher Weise beeinflussen zu lassen.“ Diese Warnung ist verständlich. Sie soll die Preise drücken. Luxusgebäude habe ich in Südwestafrika nur auf wenigen Farmen besonders wohlhabender Farmer gesehen.

Im „B. o. T. J.“ erklärte der Administrator in seinem Bericht für 1918, daß Anzeichen vorhanden sind für das Entstehen einer Industrie auf kaufmännischer Grundlage und für das wachsende Verständnis für die Vorteile des „engeren Zusammenschlusses“ mit der Union. Der Wert der Einfuhr in die Kolonie im Jahre 1918 betrug 1 031 534 £. Die Einfuhr kam ausnahmslos von der Union und machte ca. 3 % ihrer Gesamtausfuhr aus.

„Von einschneidendem unangenehmen Einfluß auf die ökonomischen Verhältnisse der deutschen Bevölkerung war der in der zweiten Jahreshälfte einsetzende Kursrückgang des deutschen Papiergeldes, welches bisher immer noch von den Banken und Kaufleuten auf einer der Wirklichkeit nicht entsprechenden Höhe gehalten wurde. Bis November wurden 24 M für das £ bezahlt, dann bis Ende des Jahres 28,50 M. Nach dieser Zeit brach die künstliche Aufrechterhaltung dieses Kurses gänzlich zusammen und es wurde als Zahlungsmittel nur bares Geld verlangt. Es ist bekannt, daß Farmer, die von dem endgültigen Siege Deutschlands überzeugt waren, große Mengen Vieh gegen £-Zahlung verkauften, dann ihr englisches Geld gegen deutsches zu obiger Quote einwechselten, weil sie glaubten, ein gutes Geschäft zu machen. Diese Leute haben nun mit großen Verlusten zu rechnen. Das gänzliche

Aufhören der monatlichen Überweisungen seitens der deutschen Regierung für die aus der Kolonie abgeschobenen deutschen Militär- und Zivilbeamten, welche sich auf ca. 19 000 £ jährlich beliefen, wird sich ebenfalls in Handel und Wandel sehr unangenehm bemerkbar machen.

„Trotz der sehr ungünstigen ökonomischen Verhältnisse ging die Zahl der von der Verwaltung unterstützten Notleidenden 1918 auf 310 Erwachsene und 170 Kinder zurück. 1917 waren es noch 487 Erwachsene und 277 Kinder und in 1916 sogar 659 Erwachsene und 367 Kinder gewesen. Hieraus geht hervor, daß für eine größere Zahl arbeitsfähiger Leute Beschäftigung gefunden wurde. Viele von den deutschen Bewohnern leben, trotz der augenblicklich ungünstigen Verhältnisse, in dem festen Glauben, daß in allernächster Zeit ein großes Aufblühen der Kolonie durch Zuzug von Farmern und anderen Erwerbstätigen erfolgen wird. Aus dieser Annahme heraus erklären sich die verhältnismäßig hohen Preise, welche heute bei Farmverkäufen verlangt werden.“

Der Administrator warnt aber vor allzu großem Optimismus. Die Heimsendung Deutscher aus dem Protektorat wird sich auf rund 6000 Köpfe erstrecken, so daß noch etwa 6000 der vor dem Kriege ansässigen Deutschen zurückbleiben werden. Es wird eine gewisse abwartende Stellung in Handelskreisen eintreten, aber dies wird auf die Landeseinkünfte von wenig Einfluß sein, da — vorausgesetzt, daß die Nachfrage nach Diamanten anhält und die augenblicklich zufriedenstellenden Preise nicht fallen — die Diamantensteuer den größten Teil der jährlichen Verwaltungskosten aufbringt und der Kolonie nur geringe Kosten auferlegt werden. Wenn eine Einrichtung getroffen wird, bei welcher Deutsch-Südwestafrika die oder nur einen Teil der Zinsen der Anleihe für die Kriegskosten 1914/15 beziehungsweise für die Verwaltungskosten bis zur offiziellen Übernahme zu tragen hätte, so würde dies eventuell das Vorwärtkommen der Kolonie sehr stark beeinträchtigen, wenn nicht gänzlich vernichten. Das ist eine — leider unbegründete — Sorge des Administrators. Denn nach Art. 257 des Friedensvertrages übernimmt bezüglich der bisherigen deutschen Gebiete einschließlich der Kolonien und Schutzgebiete weder das Gebiet noch die Mandatarmacht einen Teil des Schuldendienstes des Reiches. Die Verwaltungskosten für das Finanzjahr vom 1. 4. 17 bis 31. 3. 18 blieben mit 650 052 £ um etwa 110 000 £ hinter dem Vorschlag zurück. Dies war auf die Tatsache zurückzuführen, daß zwei Regimenter südafrikanische Truppen in die Union im Jahre 1917 zurückkehrten, sowie auch durch die Tatsache, daß infolge der guten Ernte in 1917 es dem Administrator möglich war, große Mengen Mais und Heu in der Kolonie anzukaufen. Auf diese Weise wurden große Frachtersparnisse gemacht, weil auf einen Sack Mais allein 18 s Fracht kommen, wenn das Futter von der Union bezogen werden muß. Die Einnahmen betrugen 95 402 £, ausschließlich 210 643 £ aus der Diamantensteuer. Post und Telegraph hatten trotz der Fortdauer des Krieges und der beschränkten Geschäftstätigkeit eine erhöhte Einnahme und zwar 28 122 £. Die Unkosten betrugen 29 126 £, wobei indes berücksichtigt werden muß, daß die für die Verwaltung gebührenfrei geleisteten Dienste allein 9090 £ ausmachten.

Während des Jahres wurden 372 139 Karat Diamanten im Werte von ca. 749 000 £ gefördert. Zwei Gesellschaften förderten Kupfer. Die Otavi-Gesellschaft führte 7358 t Erze aus, mit einem Gehalt von 12–33% Kupfer und 12–22% Blei. Am 31. 12. 18 hatte die Mine 139 322 t mit einem Kupfergehalt von 2–41% an der Hand. Das Otavi Exploring Syndicate verschickte 100 t Erze mit ca. 43,5% Kupfergehalt. Die Khan-Mine hat im Fe-

bruar 1918 ihren Betrieb eingestellt. Die Otjozongati-Mine, welche nach der Besetzung den Betrieb wieder eröffnete, hat 180 t Erze an der Hand, welche einen schätzungsweisen Kupfergehalt von 35% haben.

An Zinn betrug die Ausbeute in 1918 65 t mit ca. 68%, die Ausfuhr 73 t und die am Jahresschluß verfügbare Menge 33 t.

Große Tätigkeit wird erwartet, sobald die Kolonie für Schürfer freigegeben wird. Zahlreiche Anfragen über die Bedingungen für die Kolonie sind aus der Union und von überseeischen Ländern eingelaufen.

Eine von den alliierten Regierungen eingesetzte Sonderkommission hat für die Verwaltung Deutsch-Südwestafrikas durch die Südafrikanische Union folgende Richtlinien herausgegeben:

1. Die Verwalter haben das Recht der Gesetzgebung über die Kolonie und können die bisher gültigen Gesetze abändern oder ergänzen, je nachdem sie es zur Wohlfahrt und zum Vorwärtkommen des Landes und seiner Bewohner für geeignet halten.
2. Aller Sklavenhandel und Verkauf von alkoholhaltigen Getränken an Eingeborene ist verboten.
Aller Handel mit Waffen und Munition muß unter ständiger Kontrolle stehen.
3. Militärische Ausbildung von Eingeborenen, außer zu Polizeizwecken oder zur lokalen Verteidigung ist verboten.
4. Für alle Religionen herrscht volle Freiheit, ebenso für alle Missionen aus Ländern, die dem Völkerbunde angehören.
5. Über die Verwaltung ist dem Völkerbund ein jährlicher Bericht vorzulegen, der nachweist, daß alle die Kolonie betreffenden Handlungen im Einklang mit den vorstehenden Satzungen stehen.
6. Die Zustimmung des Völkerbundes ist benötigt für alle Abänderungen der Bedingungen, unter denen das Mandat ausgeübt wird. Über Streitigkeiten hieraus hat ein vom Völkerbund besonders eingesetztes Gericht zu entscheiden.

Sehr angestrengt hat sich offensichtlich diese besonders eingesetzte Kommission nicht, denn ihre Grundsätze enthalten nur Selbstverständlichkeiten, die in die Verwaltung der Kolonie nichts neues einführen. Oder will man den Anschein erwecken, als ob wir den Sklavenhandel geduldet, Alkohol und Waffenverkauf unkontrolliert gelassen, Eingeborenenheere aufgestellt und die Missionen behindert haben? Nur Punkt 1 hat Bedeutung, indem er die rechtlichen Grundlagen für die gesetzgeberische Tätigkeit gibt, die übrigens schon vorher ausgeübt worden ist. Wir werden abwarten müssen, die Einführung welcher Gesetze an Stelle der bisherigen „die Wohlfahrt des Landes und seiner Bewohner“ zu erfordern scheint. Einige Schlüsse erlaubt das Frage- und Antwortspiel, das Lord Buxton bei seinem Besuche in Windhuk mit den Kolonisten abhielt. Den Karibibfarmern gab der Generalgouverneur den Rat, „entweder das Land zu verlassen oder die Eingeborenen gut zu behandeln, in Zukunft wird es in diesem Lande für Weiße und Schwarze nur einerlei Recht geben.“ Schade, daß niemand die schlagfertige Antwort gab: Gewiß! Und da können wir nirgendwohin besser uns wenden als in die Euerer Exzellenz Fürsorge unterstehenden Länder Natal oder Transvaal, die ein leuchtendes Beispiel dafür sind, was England in der Praxis unter gleichem Recht für Weiße und Farbige versteht.“

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	23. 2.	21. 2.	23. 2.	23. 2.
Amsterdam, 100 fl.	3560,—	3520,—	—,—	2,33
Barcelona, 100 Pesetas	—,—	1604,50	—,—	—,—
Berlin, 100 M	—,—	—,—	2,85	6,50
Brüssel, 100 fr	722,50	725,—	20,10	46,—
Budapest, 100 K	—,—	34,—	—,—	—,—
Buenos Aires	—,—	—,—	—,—	270,—
Helsingfors, 100 F.M.	382,50	377,50	—,—	—,—
Kopenhagen, 100 Kr.	1440,—	1430,—	40,50	95,—
Kristiania, 100 Kr.	1650,—	1650,—	46,90	109,—
London, 1 £	327,50	328,25	9,22 ¹ / ₂	21,—
Madrid, 100 Pesetas	1640,—	1604,50	46,25	107,—
Marknoten	—,—	—,—	—,—	—,—
New York, 1 \$	95,75	95,—	270,—	6,23
Paris, 100 fr	702,50	710,—	19,70	44,50
Prag, 100 K	101,50	100,50	—,—	6,70
Rom, 100 Lire	540,—	534,75	14,90	34,25
Stockholm, 100 Kr.	1792,50	1780,—	50,75	117,—
Wien, 100 K	34,75	38,50	1,—	2,35
Zürich, 100 fr	1535,—	1510,—	43,50	—,—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	21. 2.	21. 2.	20. 2.	21. 2.	21. 2.
Amsterdam, 100 fl.	94,—	—,—	505,50	—,—	—,—
Berlin, 100 M	293,—	100,75	14,25	—,—	1,06
Kopenhagen, 100 Kr.	39,—	—,—	—,—	23,95	—,—
London, 1 £	—,—	—,—	45,54 ¹ / ₂	—,—	3,37 ¹ / ₄
New York, 1 \$	—,—	—,—	1340,—	3,42	—,—
Paris, 100 fr	—,—	—,—	—,—	—,—	13,82
Wien, 100 K	—,—	34,—	—,—	—,—	—,—
Zürich, 100 fr	42,50	—,—	212,75	—,—	—,—

Abweichungen von der Münzparität in:

	21. 2.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark.	—96,77	—94,74	—91,73	—93,63	+149,58	—
Dt.-österreich. Krone	—95,16	—97,77	—	—	—	—
Französ. Frank.	—57,81	—53,50	—30,55	—44,79	—	—
Pfund Sterling	—23,04	—15,34	+25,55	+0,08	—	—
Dollar	+8,12	+20,27	+86,80	+44,44	—	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	11. 2.	20. 2.
Alexandrien	977 ¹ / ₁₆ pari	977 ¹ / ₁₆ pari
Bombay/Kalkutta	2 s 9 d—2 s 9 ¹ / ₄ d	2 s 8 ³ / ₄ d—2 s 8 ⁵ / ₈ d
Hongkong	6 s 0 ¹ / ₂ d	5 s 10 d
Schanghai	9 s 3 d—9 s 6 d	8 s 8 d—9 s 0 d
Singapore	2 s 4 ¹ / ₃₂ d—2 s 4 ¹ / ₁₆ d	2 s 4 d—2 s 4 ¹ / ₄ d
Yokohama	2 s 10 ¹ / ₂ d—2 s 11 ¹ / ₄ d	2 s 9 ³ / ₄ d—2 s 10 ¹ / ₂ d
Montevideo T.T.	71 ³ / ₄ d—72 ¹ / ₄ d	70 ³ / ₄ d—71 ¹ / ₄ d
Rio de Janeiro	18 ⁵ / ₁₆ d	18 ¹⁷ / ₃₂ d
Buenos Aires T.T.	70 d—70 ¹ / ₄ d	68 ¹ / ₄ d—68 ¹ / ₂ d
Valparaiso 90 T.	15 ⁷ / ₁₆ d	15 ⁵ / ₈ d

Berichtigung

Durch ein technisches Versehen sind die „Intervalutarischen Kurse“ in Nr. 6 des „W.D.“ vom 6. 2. 20 zum Teil unrichtig wiedergegeben. Wir drucken daher die ganze Tabelle nachstehend noch einmal ab:

	2. 2.	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
Amsterdam, 100 fl.	3565,—	3500,—	—,—	—,—	218,—
Barcelona, 100 Pesetas	—,—	1609,60	—,—	—,—	—,—
Berlin, 100 M	—,—	—,—	2,90	—,—	6,80
Brüssel, 100 fr	700,—	674,95	19,75	—,—	43,25
Budapest, 100 K	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Buenos Aires	—,—	—,—	—,—	—,—	240,—
Finnische Noten	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Helsingfors, 100 F.M.	405,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Kopenhagen, 100 K.	1445,—	1425,—	41,70	—,—	92,—
Kristiania, 100 K.	1632,50	1575,—	46,40	—,—	102,—
London, 1 £	325,—	317,50	9,17	—,—	20,—
Madrid, 100 Pesetas	—,—	1610,—	48,—	—,—	103,50

	2. 2.	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
Marknoten	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
New York, 1 \$	92,50	91,—	262,—	—,—	571,—
Paris, 100 fr	700,—	695,—	19,70	—,—	43,—
Prag, 100 K	84,—	—,—	—,—	—,—	5,75
Rom, 100 Lire	675,—	575,—	16,75	—,—	36,—
Rumänische Noten	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Stockholm, 100 Kr.	1745,—	1725,—	50,75	—,—	112,—
Wien, 100 K	27,50	27,—	0,82	—,—	1,85
Zürich, 100 fr	1600,—	1595,—	45,70	—,—	—,—

	30. 1.	Wien	Prag	Paris	London	New York
Amsterdam, 100 fl.	91,75	—,—	509,—	—,—	—,—	—,—
Berlin, 100 M	420,—	133,75	16,50	—,—	—,—	1,12
Kopenhagen, 100 Kr.	46,—	—,—	—,—	21,86	—,—	—,—
London, 1 £	—,—	—,—	46,31	—,—	—,—	3,46 ¹ / ₄
Marknoten	419,—	130,75	—,—	—,—	—,—	—,—
New York, 1 \$	—,—	—,—	1317,50	3,51	—,—	—,—
Paris, 100 fr	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	13,25
Wien, 100 K	—,—	28,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Zürich, 100 fr	46,75	—,—	230,—	—,—	—,—	—,—

In Nr. 7 vom 13. 2. 20 muß die Berliner Notierung auf London vom 9. 2. lauten 345 (statt des Druckfehlers 245).

Geldverfassung und Währungspolitik

Der allskandinavischen Münzbesprechung, die vom 9. bis 12. 2. in Kopenhagen vor sich ging, ist ein Vorschlag unterbreitet worden, den Silbergehalt der Münzen herabzusetzen. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 88 v. 17. 2. 20.)

Eine internationale Konferenz zum Zwecke der Revision des Münzvertrages von 1885 (lateinische Münzunion) wird am 23. ds. Mts. in Paris zusammentreten. Die Konferenz wird sich in erster Linie mit der Frage der Nationalisierung der Silberscheidemünzen befassen. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 111 v. 11. 2. 20.)

Nach Einführung der neuen Fünfzig-Kronennoten, die nicht gestempelt sind, in der Tschechei, wird zur Einziehung der alten Fünfzig-Kronennoten geschritten. Diese verlieren mit dem 29. 2. ihre allgemeine Gültigkeit und werden von da an nur noch bei verschiedenen besonderen Stellen eingelöst, in letzter Linie bis zum 30. 4. 20 beim Bankamt in Prag. Inzwischen sind auch neue, also ungestempelte Zwanzig-Kronennoten, in Verkehr gebracht worden, daneben aber gelten auch noch die alten, also gestempelten Zwanzig- und Zehn-Kronenscheine der Österreichisch-Ungarischen Bank, ferner neue, somit ungestempelte Fünf-Kronenscheine (gestempelte Fünfer sind ungültig). („Kölnische Zeitung“, Nr. 162 v. 18. 2. 20.)

Finanzkreise in Rostow am Don wollen, wie „Wremja“ v. 4. 2. 20 mitteilt, wissen, daß die Sowjetregierung in Moskau in nächster Zeit sämtliche im Umlauf befindlichen Kerenski-Noten auf dem Verordnungswege für ungültig erklären wird. („Überseedienst“, Nr. 19 v. 12. 2. 20.)

Die britische Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Prägung von Silbermünzen eingebracht, durch den der Feingehalt der Silbermünzen, die in Zukunft geprägt werden, von 925 auf 500 herabgesetzt wird. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 85 v. 16. 2. 20.)

Die „Times“ widerruft die Mitteilung, daß die Mond-Nickel Company große Regierungsaufträge für die Nickelbelieferung der englischen Münze erhalten habe. Von solchen Kontrakten könne keine Rede sein. Wohl befände sich die Frage der Einführung von Nickelmünzen in Erwägung, und man habe sich zum Zwecke sachverständiger Auskunft über die Verwendbarkeit von Nickel für Münzwerke u. a. auch an die erwähnte Firma gewendet. Die „Times“ erfährt ferner an der Münze, daß nur ganz geringe Lieferungs-aufträge für Nickel zu Versuchszwecken vergeben worden seien.

Die kanadische Silberförderung ist im Jahre 1918 auf 20¹/₂ Mill. Unzen gesunken, ihr Wert indessen auf 20 Mill. kanadische Dollars gestiegen. In den neun letzten Jahren ist eine Verminderung der Produktion um über 37 %, dagegen eine gleichzeitige Erhöhung des Wertes um fast 15 % eingetreten. („Industrie- und Handelszeitung“, Nr. 2 v. 3. 1. 20.)

Nach „Financial News“ v. 12. 1. 20 hat im Jahre 1919 in den Vereinigten Staaten betragen:

die Goldeinfuhr	76 534 000 \$
die Goldausfuhr	368 145 000 „

Die chilenische Kammer hat ein Gesetz angenommen, nach dem die Parität des Peso auf 12 Sterling-Penny festgesetzt wird. („Industrie- und Handelszeitung“, Nr. 42 v. 19. 2. 20.)

Infolge des Steigens der Silberpreise sind laut „South American Journal“ v. 10. 1. 20 neue Münzen in Mexiko eingeführt: Der Dollar hat ein Gewicht von 16,666 g und enthält mindestens 12 g Reinsilber. Das Fünfzig-Centstück hat ein Gewicht von 8,333 g und enthält mindestens 6 g Reinsilber. Ein Zwanzig-Centstück wiegt 3,333 g mit mindestens 2,400 g Reinsilber. Im Werte von 10 Cents wird eine neue Bronzemünze herausgegeben. Die neuen Münzen können auf dem Finanzministerium von 20 Dollar an und darüber gegen Gold umgewechselt werden.

Staatsanleihen

Die erste estländische Prämienanleihe soll auf 100 Mill. estn. M. lauten. Die Anleihe trägt keine Zinsen. Anstelle der Zinsen werden im Verlauf von zehn Jahren von 1920 an jährlich viermal eine Mill. M. ausgelöst, so daß im Laufe der ganzen Zeit 40 Mill. M. ausgelöst werden. Im Verlauf der ersten fünf Jahre findet keine Amortisation statt; diese beginnt im sechsten Jahr und schließt 1930 ab. Bei der Amortisation wird den Billethabern der Nominalwert des Billeths mit 100 M. ausbezahlt. Die Amortisation geschieht auf dem Wege der Auslosung. Von 1925 an werden alle drei Monate 50 000 Billeths zwecks Amortisation ausgelöst. Die Prämienlose sind von der Einkommensteuer frei, statt dessen werden von allen Gewinnen 10 % zum Besten des Staates erhoben. („Industrie- und Handels-Zeitung“ Nr. 36 v. 12. 2. 20, nach dem „Revaler Boten“.)

Nach der „Information“ ist von spanischer Seite nunmehr für den französischen Schuldbetrag von 450 Mill. Pesetas eine einjährige Stundung bewilligt worden. Die Rückzahlung beginnt demnach nicht vor März 1921. („Frankf. Ztg.“, Nr. 109 v. 10. 2. 20.)

„Economist“ v. 3. 1. 20 gibt folgende Übersicht über die Vorschüsse der amerikanischen Regierung im Jahre 1919: Rußland hat 1919 keine weiteren Kredite erhalten und der noch unausgegebene Rest, der deponiert war, wurde zurückgezogen. Die Gesamtvorschüsse an Rußland betragen daher 187 729 000 \$. Belgien hat 338 745 000 \$ erhalten und 10 000 \$ zurückgezahlt; es hat noch einen unverbrauchten Kredit von 4 700 000 \$. Tschecho-Slowakien hat in bar 52 690 000 \$ erhalten und verfügt noch über einen unverbrauchten Rest von 2 640 000 \$. Frankreich hat 2 887 447 000 \$ erhalten, wovon 12 147 000 \$ zurückgezahlt sind, während 50 496 000 \$ noch als unverbraucher Rest vorhanden sind. England hat 4 277 000 000 \$ erhalten, wovon 57 164 008 \$ zurückgezahlt worden sind. Griechenland hat 48 236 000 \$ erhalten, Italien 1 610 922 000 \$ und verfügt über einen unverbrauchten Rest von 10 000 000 \$. Liberia hat 26 000 \$ erhalten und verfügt noch über einen unverbrauchten Rest von 4 974 000 \$. Kuba bekam 10 Mill. \$, Rumänien 25 Mill. und Serbien 26 780 000 \$. Solche Mittel, die die amerikanische Regierung in Frankreich, England und Italien für Kriegsausgaben brauchte, wurden ihr von den Regierungen auf Grund eines Abkommens zur Verfügung gestellt, wonach sie als Gegenwert den gleichen Betrag an Mitteln in den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt bekommen. Während des laufenden Rechnungsjahres hat Belgien den Vereinigten Staaten den Gegenwert von 366 300 \$, Frankreich den von 1 110 138 325 \$, England den von 401 393 060 \$ und Italien den von 14 425 092 \$ geliefert; für alle diese Beträge erhielten die betreffenden Staaten entsprechende Summen, die sie für Kriegsbedarf in den Vereinigten Staaten ausgaben.

Schifffahrt und Schiffbau

England

Achtstundentag in der Schifffahrt. Die von den Führern der englischen Seeleute kundgegebene Absicht, die Bestimmungen des demnächst im Unterhause zur Beratung kommenden Gesetzentwurfes über die Arbeitszeit auf die seemännischen Arbeiter auszudehnen und damit den Achtstundentag auch im Borddienst auf See zur Geltung zu bringen, hat das parlamentarische Komitee der Reeder veranlaßt, in einem längeren jetzt veröffentlichten Bericht zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Die Reeder lehnen die Einführung des Achtstundentages in die Schifffahrt aus folgenden Gründen ab:

1. Die besonderen Bedingungen der seemännischen Arbeit, die von denen der Arbeit an Land grundverschieden sind, verbieten es, die Seeleute einem Gesetze zu unterstellen, das auf die Verhältnisse der Arbeiter an Land zugeschnitten ist.

2. Die Anwendung des Gesetzes auf die seemännischen Arbeiter bringt weder den Schiffsbesatzungen, noch Teilen von ihnen, noch der Schifffahrt überhaupt einen neuen Vorteil; denn wenn man genauer zusieht und alle Verhältnisse in Betracht zieht, so besitzt der englische Seemann das bereits, was der Entwurf anstrebt.

3. Das unvermeidliche Ergebnis einer Ausdehnung des Gesetzes auf die seemännische Arbeit würde sein, daß die Besatzungsziffern der Schiffe eine Erhöhung erfahren müßten.

4. Diese Vergrößerung der Besatzungen würde von einer Verminderung des nutzbaren Raumes an Bord und damit von einer Verminderung der Transportleistung der Schifffahrt begleitet sein.

5. Die Mehrausgaben, die mit der Vergrößerung der Besatzungen verbunden wären und die auf das Land abgewälzt werden müßten, würden sehr beträchtlich sein.

6. Eine plötzliche den Forderungen des Gesetzes entsprechende Vermehrung des Personals der Handelsschiffe kann gegenwärtig nur durch die Heranziehung einer großen Zahl unbefahrener Leute erreicht werden. Ihre Indienststellung würde eine Einbuße an Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit in allen Zweigen seemännischer Arbeit bedeuten.

7. Die Einführung des Prinzips, Überstunden auf See zu bezahlen, würde für die Disziplin, die im Schiffsbetrieb notwendig ist, verderblich werden.

8. In dem National Maritime Board ist bereits eine Körperschaft vorhanden, die besonders befähigt und bevollmächtigt ist, alle Fragen der Arbeitszeit auf See zu regeln.

9. Die großen Verluste, die die britische Handelsschifffahrt während des Krieges erlitten hat, läßt so ausgedehnte und tief einschneidende Umwälzungen, die die Entwicklung der englischen Schifffahrt sicher hindern und möglicherweise verkümmern würden, zurzeit untunlich erscheinen.

In den ausführlichen Darlegungen, mit denen der Bericht jeden der angegebenen Gründe stützt, wird gezeigt, daß in bezug auf die Verteilung von Arbeit, Erholung und Ruhe der Seemann nicht schlechter gestellt ist, als der Gesetzentwurf dem Arbeiter an Land zu stellen beabsichtigt. Nach Schätzung des Board of Trade ist die Zeit, die der seemännische Arbeiter durchschnittlich jährlich, ohne tätig zu sein, an Land zubringt, auf etwa sechs bis sieben Wochen zu veranschlagen. Für die Bordarbeit während der Liegezeit im Hafen sei der Achtstundentag bereits allgemein auf englischen Schiffen durchgeführt. Ebenso im Dienst auf See für die Arbeit der Heizer und Trimmer, die innerhalb 24 Stunden zwei je vierstündige Wachen gehen. Neues würde das Gesetz nur dem Deckspersonal, das drei je vierstündige Wachen geht, und dem Verpflegungspersonal bringen, dessen Arbeitszeit sich verschieden, je nach Art des Schiffes, regelt. Die längere Arbeit dieser beiden Gruppen sei jedoch zu einem Teil nur Arbeitbereitschaft und ebenso wie die Sonntagsarbeit, durch die Notwendigkeit, das Schiff im Gang zu halten, bedingt. Die Zahlung von Überstunden, die im Hafen bereits gewährt würde, auch auf den Dienst auf See auszudehnen, könnte leicht dazu führen, daß der Kapitän die Anordnung wichtiger Arbeiten, die die Sicherheit des Schiffes erforderte, aus Sparsamkeitsgründen im rechten Augenblick unterließe. Die rücksichtslose Durchführung des Achtstundentages im Schiffsdienst auf See würde bedeuten entweder einen beträchtlichen Mehraufwand an Überstundengeldern oder eine Erhöhung der Besatzungsziffern oder sowohl das eine wie das andere nebst einer Neuregelung des bisherigen Wachensystems. Die erste dieser möglichen Wirkungen wider-

spreche dem Sinne des Gesetzes, dessen eigentlicher Zweck ja gerade die Beschränkung der Arbeitszeit für den seemannischen Arbeiter sei. Gegen die zweite spräche die Tatsache des gegenwärtigen Mangels an befahrenen Leuten. Gelänge es, diesen Mangel durch Heranziehung Unbefahrener zu überwinden, so würde deren Unterbringung an Bord die nutzbaren Räume des Schiffes verringern und eine Einbuße an Transportleistungen zur Folge haben.

Der Bericht versucht dann, die Kosten zu berechnen, die der englischen Handelsflotte durch die Einführung des Achtstundentages und den Dienst auf See entstehen würden. Er legt dabei den Stand der Dampferflotte vom Juli 1919 zugrunde, den Lloyds Register mit 16 344 843 Br. R. T. angibt, wovon 40 % auf die Liniendampfer und 60 % auf die Trampdampfer entfallen. Bei Annahme einer 48 stündigen Arbeitswoche würden sich die Mehrkosten im ersteren Falle (Überstundenzahlung) auf 16,8 Mill. £ oder 8 s pro Kopf der Bevölkerung, im zweiten Falle (Vergrößerung der Besatzungen) auf 40,5 Mill. £ oder 1 £ pro Kopf, im dritten Falle (Überstundenzahlung und vergrößerte Besatzung) auf 25,0 Mill. £ oder 12 s 6 d pro Kopf der Bevölkerung stellen. Die 56-stündige Arbeitswoche würde im dritten Falle Mehrkosten von 17,7 Mill. £ erfordern. Den weitaus größten Teil der Mehrkosten hätten die Liniendampfer zu tragen. A. K.

Holland

Der holländische Schiffbau. Die wachsende Bedeutung, die der holländische Schiffbau in den letzten Jahren erlangt hat, zeigt sich weniger in seiner tatsächlichen Jahresproduktion, die in hohem Grade von den jeweils verfügbaren Baumaterialien abhängig war, als vielmehr in den steigenden Ziffern der im Anbau befindlichen Tonnage. Es sind in den Jahren 1912 bis 1919 vom Stapel gelassen sowie am Schluß des Jahres im Bau geblieben:

Jahr	Vom Stapel gelassen	Am Schluß des Jahres im Bau geblieben.
1912	99 000 Br. R. T.	158 100 Br. R. T.
1913	104 300 "	172 100 "
1914	118 200 "	185 000 "
1915	113 000 "	406 100 "
1916	180 200 "	442 100 "
1917	148 800 "	429 600 "
1918	74 000 "	477 900 "
1919	137 000 "	554 100 "

Im letzten Jahre ist demnach noch nicht ein Drittel der zu Anfang des Jahres auf Stapel liegenden Bauten fertiggestellt worden. Wenn die holländischen Werften mit diesem Ergebnis auch gegenüber ihrer Produktion im Jahre 1918, die nur etwa $\frac{1}{6}$ der am Jahresanfang vorhandenen Bautonnage ausmachte, einen Fortschritt zu verzeichnen hatten, so ist doch ihre Tätigkeit beträchtlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der hauptsächlichste Grund hierfür ist neben dem auch während dieses Jahres anhaltenden Materialmangel der Umstand, daß manche neuen Werftanlagen ihre Arbeiten noch nicht aufnehmen konnten. Vom Jahre 1920, bei dessen Beginn mehr als eine halbe Mill. Br. R. T. auf Stapel lagen, erhofft man ein besseres Ergebnis. A. K.

Vereinigte Staaten

Der Schiffbau der Vereinigten Staaten im Jahre 1919. Nach den Anschreibungen des Bureau of Navigation in Washington sind auf den Werften der Vereinigten Staaten an Handelsschiffen (See- und Binnenschiffe) während des Jahres 1919 fertiggestellt worden:

2363 Schiffe mit 4 258 141 Br. R. T.

An die Bauergebnisse der vorhergehenden Jahre reiht sich das letztjährige wie folgt an:

1917.....	1699 Schiffe mit 1 034 296 Br. R. T.
1918.....	1882 " " 2 719 281 "
1919.....	2363 " " 4 258 141 "

Nur 25 Schiffe mit 44 250 Br. R. T. (1918: 48 Schiffe mit 98 693 Br. R. T.) sind für fremde Rechnung gebaut worden. Die gesamte übrige Produktion blieb unter amerikanischer Flagge. Sie bestand bis auf eine geringe Tonnage, die von privaten Reedereien in Auftrag gegeben waren, aus den auf Staatskosten gebauten Schiffen des Shipping Board. Privatbauten sind erst in der zweiten Hälfte des Jahres in größerem Umfange und in dem Maße bestellt worden, in dem die Aufträge des Schiffsamtes erledigt waren oder annulliert wurden. Ende Oktober waren für private amerikanische

Rechnung 347 343, Ende November 550 714 und Ende Dezember 805 147 Br. R. T. im Bau. Von den 2 966 515 Br. R. T., die nach Lloyd's Register am Schluß des Jahres auf amerikanischen Werften auf Stapel lagen, war also ungefähr der vierte Teil für private amerikanische Firmen bestimmt. Vorwiegend handelt es sich bei dieser privaten Bautonnage um Tankdampfer, die in den letzten Monaten in großer Zahl bestellt worden sind (siehe folgende Notiz). Jedenfalls bleibt das Schiffsamt auch im laufenden Jahre noch der Hauptauftraggeber der amerikanischen Werften. Die amerikanische Hoffnung, daß die während des Krieges entwickelte gewaltige Schiffbauindustrie von ausländischen Aufträgen überflutet werden würde, hat sich nicht erfüllt. Der hohe Stand des Dollarkurses verteuert den Bau derart, daß ausländische Aufträge unmöglich werden. A. K.

Tankdampferbedarf in den Vereinigten Staaten. Der Bau von Tankdampfern nimmt dauernd an Lebhaftigkeit zu, so daß man die gegenwärtig auf den Werften der Welt im Bau befindliche Tankdampfer-tonnage ungefähr auf $1\frac{1}{2}$ Mill. t dw (ca. 1 Mill. Br. R. T.) schätzen kann. Namentlich in den Vereinigten Staaten hat sich in den beiden letzten Monaten die Zahl der in Auftrag gegebenen Tankdampfer außerordentlich erhöht. Das Schiffsamt hat jetzt ungefähr 275 000 Br. R. T. im Bau, und die von privater Seite in Auftrag gegebene Räumte beläuft sich auf 476 000 Br. R. T. Etwa drei Viertel der in der Welt im Bau befindlichen Tanktonnage liegt also auf amerikanischen Werften auf Stapel. Die Standard Oil hat gegenwärtig 19 Tankdampfer mit 147 100 Br. R. T. bestellt, die Standard Transport Co. zehn Tankdampfer mit 78 188 Br. R. T., die Atlantic, Gulf and West Indies Co. zehn Tankdampfer mit 74 500 Br. R. T., die Pan-American Petroleum Co. neun Tankdampfer mit 41 384 Br. R. T. u. s. f. A. K.

Das Schiffsamt verzichtet auf die Lieferung „fabrikierter“ Schiffe. Zwischen dem Schiffsamt und der Submarine Boat Corporation, der Verwalterin der zweitgrößten Staatswerft in Newark, Pa., ist ein Abkommen geschlossen worden, nach dem die Gesellschaft den Bau der 32 Schiffe, die von den ursprünglich bei der Werft bestellten 150 Schiffen noch nicht abgeliefert sind, auf eigene Rechnung übernimmt. Es handelt sich um Schiffe vom 5 500 Tonnen-Typ, deren fabrikmäßige Massenherstellung die Werft betreibt. Die Submarine Boat Corporation soll die Newark Werft noch bis November 1923 in Pacht behalten gegen eine Gesamtpachtsumme von 4 Mill. \$ mit der Option des Kaufes gegen einen weiteren Betrag von 1 125 000 \$. A. K.

Amerikanischer Schiffsamtskonzern. Wie „Fairplay“ berichtet ist die Green Star Steamship Co. mit der Cosmopolitan Shipping Co., beide in New York, und der Reederei-firma Struthers & Dixon in San Francisco eine engere Interessengemeinschaft eingegangen. Die Zahl der Schiffe, die dem neuen Konzern zur Verfügung steht, soll sich auf 120 mit einer Gesamttragfähigkeit von über 1 000 000 t dw belaufen. Die Green Star wird ihren regelmäßigen Dienst von New York nach den Mittelmeer- und Schwarzmeerhäfen sowie von Baltimore nach dem La Plata, Antwerpen, Frankreich und Ostasien fortsetzen. Ebenso behalten Struthers & Dixon ihre Fahrten zwischen San Francisco, Seattle und Ostasien und die Cosmopolitan ihre Linien von New York nach französischen und holländischen Häfen sowie von New Orleans nach dem Osten bei. A. K.

Verwaltung der amerikanischen Regierungsschiffe. Das amerikanische Schiffsamt hat beschlossen, den mit der Verwaltung der Regierungsschiffe betrauten privaten Reedereien künftig die Vergütung für ihre Arbeit nicht mehr in Prozenten des Bruttogewinnes, sondern des Reingewinnes zu zahlen. Es erwartet von dieser Maßnahme, daß sie die Reedereien zu größerer Sparsamkeit veranlassen und ihnen einen Anreiz bieten wird, den Betrieb so rentabel wie möglich zu gestalten. Diejenigen Reedereien, die sich hierin als die stärksten und geschicktesten erweisen würden, dürften hoffen, dem fremden Wettbewerb erfolgreich zu begegnen. A. K.

Brasilien

Eine englische Werft in Brasilien. In Brasilien ist im Dezember das erste größere Seeschiff, der stählerne Dampfer „Itaquatia“ von 4000 Tonnen Tragfähigkeit, zu Wasser gelassen worden. Das Schiff, das eine Länge von 300 Fuß über alles, eine Breite von 43 Fuß und eine Tiefe von 18 Fuß 9 Zoll hat,

ist auf der Werft der Companhia Nacional de Navegacao Costeira auf der Ilha do Vianna bei Rio de Janeiro gebaut. Die Werft ist bereits vor einer Anzahl von Jahren errichtet und bisher in der Hauptsache mit Schiffsreparaturarbeiten beschäftigt worden. Während des Krieges hat sie ihre Anlage mit englischer Hilfe wesentlich erweitert und verbessert. Die bekannte englische Firma John J. Thornycroft & Co. hat die leitenden kaufmännischen und technischen Kräfte sowie eine Anzahl erfahrener Werftarbeiter zur Verfügung gestellt und widmet ihre Erfahrung auch künftig dem Unternehmen. Wie weit beide Gesellschaften auch finanziell miteinander verbunden sind, ist mit Sicherheit nicht festzustellen, doch spricht das Liverpoolsche „Journal of Commerce“ von dem neuen „Eigentümer“ der Anlage. Die Werft soll gegenwärtig ungefähr 1500 Arbeiter beschäftigen. A. K.

Kanada

Der staatliche Schiffbau in Kanada. Einen Überblick über den Stand des Schiffbauprogramms der kanadischen Regierung gewährt eine Aufstellung, die „Canadian Railway and Marine World“ neuerdings veröffentlicht. Danach hat die Regierung in der Zeit vom 4. 3. 18 bis November 1919 56 stählerne Dampfer von einer Gesamttragfähigkeit von 33½ 793 t d w bei kanadischen Werften in Auftrag gegeben. Die Tragfähigkeitsgrößen der Schiffe bewegen sich zwischen 2800 und 10 500 t d w, die Durchschnittsgeschwindigkeiten zwischen 9 und 12 Seemeilen die Stunde. Das erste Schiff wurde am 11. 6. 18 auf Kiel gelegt und am 22. 2. 19 abgeliefert. Seitdem sind bis Ende November 1919 insgesamt 16 Dampfer abgeliefert worden, die jetzt den Verkehr mit Europa, Australien, Westindien und Südamerika unterhalten. Sieben weitere waren zu Wasser

gelassen und 26 noch im Bau, während bei 7 die Arbeit noch nicht begonnen hatte. Der Gesamtbaupreis der 56 Schiffe beträgt 64944584 \$, so daß sich der Durchschnittspreis per t d w auf 194 \$ stellt. (Im einzelnen schwankt der Baupreis per t d w zwischen 167½ und 217 \$.)

„Fairplay“ weist darauf hin, daß die Baukosten, in englische Währung zum gegenwärtigen Kurse umgerechnet, durchschnittlich auf 50 £ 5 s per t d w kämen, daß also die Durchführung des gesamten Bauplanes 16 825 020 £ erfordern würde. Das wären 14 000 000 £ mehr als die Schiffe in Friedenszeiten gekostet hätten. Da manche dieser Neubauten erst nach geraumer Zeit fertiggestellt sein würden, so sei zu befürchten, daß der zu erwartende Frachtenrückgang bereits eingetreten sei, bevor die kanadische Regierung genügende Beträge abgeschrieben habe. Der Rückgang des Marktwertes der Schiffe um 15 oder 20 £ per t d w sei nicht unwahrscheinlich. Es wäre fraglich, ob die kanadische Regierung, sobald der Verlust am Marktwert erkennbar werde, das Parlament bewegen könne, noch weitere Aufwendungen für die entwerteten Schiffe zu machen.

Mit den oben angegebenen Bauaufträgen ist das Bauprogramm der Regierung keineswegs abgeschlossen. Bis Ende des Jahres sind weitere 14 Kontrakte gezeichnet worden, so daß jetzt insgesamt 70 Schiffe gebaut werden. Bewilligt wurden dafür bis Ende des Jahres 75 Mill. \$, von denen etwa 59½ Mill. \$ ausgegeben wurden. Nach Fertigstellung der staatlichen Schiffe will die Regierung den privaten Schiffbau durch Gewährung von Subventionen fördern, durch die der Kostenunterschied zwischen den in Kanada und den auf europäischen Werften gebauten Schiffen ausgeglichen werden soll. A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Baumwolle

Von einer hiesigen Maklerfirma wird uns geschrieben:

„Seit unserem letzten Bericht (vgl. „W. D.“ Nr. 3, ist die Lage auf dem Weltmarkt etwas leichter geworden und die 37-cents-Notierungen haben allmählich dem 35-cents-Niveau Platz gemacht.“

Diese Erleichterung ist weniger auf erhöhte Ernteschätzungen zurückzuführen, als vielmehr auf die allgemeine Entspannung, die jetzt eingetreten ist, nachdem die letzten Wochen des alten Jahres einen wahren Wettlauf der Käufer nach Stapelware und guten Klassen gebracht haben. Die Spinnerei scheint sich also jetzt soweit eingedeckt zu haben, daß sie ruhig der weiteren Entwicklung entgegensetzen kann und die großen Ankünfte auf den ostindischen und südamerikanischen Märkten bilden doch ein gewisses Gegengewicht gegen die unveränderte Tendenz der amerikanischen Baumwollstaaten, ihre Baumwolle möglichst lange zurückzuhalten.

Ein weiterer Faktor der Entspannung auf dem Baumwollmarkt ist aber auch in der Finanzlage der Welt zu suchen, die in allen Ländern so scharf ausgeprägt fühlbar wird, daß alle andern Faktoren nur noch von sekundärer Wichtigkeit sind. Jedermann weiß, daß bei uns in Deutschland jedes Importgeschäft und somit auch der Baumwollhandel ausschließlich von der Valuta abhängig ist. Jetzt sind aber auch Frankreich und Italien soweit gekommen und die letzten Berichte aus England melden, daß nun auch dort die Finanz- und Valuta-Experten Herren der Situation geworden sind und dagegen Berichte, Ansichten und Aussichten des Baumwollmarkts ins Hintertreffen geraten. Die Entwertung des englischen Pfund Sterlings, das heute mehr als 25 % unter Friedensparität steht, wirkt naturgemäß auf das stolze finanzielle England alarmierend.

Daß aber auch die Vereinigten Staaten unter der allgemeinen Währungs-Entwertung zu leiden haben, muß zu nächst etwas paradox anmuten. An dieser Tatsache läßt sich aber nichts ändern, denn der für alle europäischen Länder so hoch im Kurs stehende Dollar ist selbstverständlich für das exportierende Amerika eine wachsende Last und muß auf die amerikanischen Produktenmärkte deprimierend wirken. Alle Berichte aus New York lassen erkennen, daß man deshalb dort entschieden besorgt geworden ist, und nur die wirkliche Knappheit an guter Spinnbaumwolle hat bisher den Zusammenbruch des hohen Preisniveaus zu verhindern vermocht.

Entgegengesetzt ist naturgemäß die Wirkung der stetig weichenden Währungen am ägyptischen Markt. Die von Alexandrien eingehenden Berichte sprechen in dieser Hinsicht sehr deutlich. Wir entnehmen aus ihnen, daß die neuen Rekordpreise von über 130 Tallari lediglich auf die Kaufkraft Amerikas zurückzuführen sind, das, begünstigt durch seine hohe Valuta, in dieser Saison bereits 12 mal mehr Baumwolle gekauft hat, als in der verfloßenen.

Ebenso bemerkenswert und interessant ist die Nachricht, daß das Pfund Sterling Gold 185 Piaster wert ist gegen 97½ Piaster im Frieden. Englische Noten sind dagegen nach wie vor auf der Friedensparität von 97½ Piastern. Auch diese Tatsache ist ein Grund der fabelhaft hohen Alexandriner Baumwollpreise, denn bekanntlich verlangt der Fellach für die Baumwolle, die er anliefert, Zahlung in Gold oder aber den doppelten Preis, wenn er nur Papiergeld bekommt.

Wir sehen also, daß die ganze Welt an der Valuta-Krankheit leidet, und wir als die schwächsten auf diesem Gebiet können demnach von der Welt-Baumwoll-Lage nur billigere Preise erwarten, wenn eine günstige Zeit des Anbaus und des Wachstums von einer Rekordernte gekrönt sein würde.“

Wolle

Hamburg. Über die Wollauktion vom 4. 2., die die erste seit Ausbruch des Krieges in Hamburg veranstaltete Wollauktion großen Stiles gewesen ist, teilt uns eine hiesige Firma Folgendes mit: „Etwa eine Million kg Wolle standen am 4. 2. in Hamburg zum Verkauf. Davon hat der größte Teil zu guten Preisen Käufer gefunden. Von den zurückgezogenen Losen wurden nach der Versteigerung freihändig noch eine größere Anzahl übernommen, so daß bis zum Nachmittag alle Mengen bis auf Reste von etwa 5 % unverkauft blieben. Die Preise für grobe und mittlere Wollen bewegten sich auf Basis des Weltmarktpreises, feinere Wollen konnten dagegen anfangs wegen der schlechten Valuta nicht an diese heran. Die Teilnahme von Käufern aus Kreisen der Industrie und des Handels aus ganz Deutschland war sehr stark und der Verkauf vollzog sich trotz der großen Anzahl der Lose in wenigen Stunden. Es standen Partien fast aller Handelssorten zum Verkauf, darunter eine Auswahl erster türkischer Ware.“

Australien. In der Saison vom 1. 7. bis 30. 6. betrug die Ausfuhr (Ballen) lt. „Comm. Rep.“:

von	1916/17	1917/18	1918/19
Neu Süd Wales	590 372	699 310	829 751
Victoria	280 321	433 935	499 280
Queensland	223 031	212 389	244 068
Südastralien	101 740	105 988	173 936
Westaustralien	58 360	40 837	76 246
Tasmania	16 625	25 585	15 362

Insgesamt 1 270 449 1 517 994 1 908 643

Argentinien. Der Ertrag der Schur in der Saison v. 1. 10. 18 bis 30. 9. 19 betrug wie in der vorhergehenden etwa 160 000 t. Die Verschiffungen waren teilweise durch Streiks stark behindert; es konnten daher in dem oben genannten Zeitraum nur etwa 120 000 t verschifft werden. 12–14 000 t wurden im Lande selbst verarbeitet und der Rest von etwa 26–28 000 t war mit Ende der Saison noch auf dem Markt bzw. in Händen der Erzeuger. Die Preise sind bei groben Crobbreds um 25–30% und bei feineren Wollen um etwa 10–20% gegen die der vorhergehenden Saison gesunken.

Mesopotamien. Wolle ist eins der wichtigsten Ausfuhrerzeugnisse des Zweistromlandes. Der Verbesserung und der Vermehrung der Zucht haben die Engländer neuerdings besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wie aus einer Denkschrift, die auszugsweise im „B. T. J.“ 1. 1. wiedergegeben ist, hervorgeht. Es gibt 3 Haupthandelssorten: Arabi, Ahwassi und Karradi. Erstere stammt von den arabischen Schafen aus dem Irak, Ahwassiwolle kommt aus der Gegend zwischen Mossul und Aleppo und Karradiwolle nennen die Händler die aus Kurdistan und den Bergländern nördlich und westlich von Mossul stammende Wolle.

Jute

Herr Direktor Trapp schreibt uns: „In den letzten Wochen befanden sich Rohjute- und Warenmärkte unter dem Einfluß des ständig steigenden indischen Wechselkurses, bis durch die Entscheidung der indischen Regierung mit Wirkung vom 9. 2., der Kurs auf 10 Rupien für den Goldwert des £ Sterling festgesetzt wurde. Der hohe Silberpreis zwang die Regierung zu der Maßnahme, um den Nennwert der Rupie zu erhalten, bzw. wiederherzustellen und sich in die Lage zu setzen, Silber für die Ausprägung in Rupien ohne Verlust zu kaufen. In die Preisgestaltung für indische Produkte ist hierdurch zunächst eine gewisse Unsicherheit getragen worden, und namentlich für entfernte Sichten sind die Preise, soweit überhaupt Offerten bekannt wurden, sehr unregelmäßig und höher als für greifbare Ware.

In allen Zweigen des Jutemarktes ist noch immer eine steigende Preistendenz zu verzeichnen, verursacht, außer dem hohen Wechselkurse von 2 s 10 d, durch die höheren Arbeitslöhne, sowie erhöhte Transportkosten. Die Preise für Gewebe und Garne ziehen täglich weiter an; der für Common-Cops zuletzt bezahlte Preis war 9 s 8 d. Lieferung bis März. Hessians-Garne werden infolge der enormen Nachfrage sehr knapp und die Spinner sind auf weit hinaus voll beschäftigt. Auch in feineren Garnsorten ist das Angebot infolge der Knappheit an feiner Rohjute gering; trotzdem haben sich die Preise für die feineren Sorten im Vergleich zu den Hessians-Garnen wenig verändert. Auf dem Gewebemarkt herrscht rege Nachfrage, aber kaum über Juni hinaus. 40 in. 10½ oz. sind auf 11 s 5/8 d gestiegen. Die ganze Marktlage berechtigt aber zu der Erwartung, daß die schottische Jute-Industrie für das ganze Jahr stark beschäftigt bleiben wird. In Linoleum Hessians fanden große Umsätze, namentlich nach Amerika, statt und die Fabriken sind über neun Monate mit Aufträgen versehen. Schwere Gewebe waren zunächst vernachlässigt, befestigten sich aber auch unter dem Einfluß der anderen Märkte, und namentlich waren bedeutende Zementsack Orders 10 porter, 22 in. 13 oz. Twilleds, mangels greifbarer Kalkutta-Ware, im Dundee-Markt.

Der Rohjutemarkt hatte in den letzten Wochen große Umsätze zu verzeichnen, die sich infolge spärlichen Angebots abzuladender Ware zunächst auf greifbare Ware beschränkten, auf Basis von 68–70 £ für Firsts. Daisee war zu steigenden Preisen ebenfalls stark begehrt.

Auch die Preise für Kalkutta-Fabrikate haben infolge des erhöhten Wechselkurses eine weitere Steigerung erfahren.

Die Geschäfte beschränkten sich auf gesicherte Partien da Kalkutta-Kabel mit neuen Preisen ausblieben. Unkontrollierbare Gerüchte über Cholera und unvollständige Berichte über Streiks in Kalkutta schlossen eine zuverlässige Beurteilung des Kalkutta-Marktes aus.“

Flachs und Leinen

England. In Irland macht sich, wie der „Manch. Guard.“ v. 6. 2. berichtet, gegen die Flachskontrolle der Regierung zunehmender Widerstand unter der Landbevölkerung geltend. Es wird besonders auf die großen Gewinne der Spinnereien hingewiesen. Während der Flachsbauer etwa 18 s für den Flachs erhält, verkauft der Spinner das daraus hergestellte Garn für 68 s. Englischer Flachs, der 20–30% unter der irischen Qualität steht, wird mit 600 £ je ton bewertet, während für irischen Flachs ein Preis von 38 s je stone festgesetzt ist. Im freien Verkehr würde leicht 60 s je stone oder 800 £ je ton zu erhalten sein.

St. Helena. Der Flachsbau auf der Insel ist im letzten Jahrzehnt zu einem sehr einträglichen Gewerbe geworden. Insgesamt wurden lt. „B. T. J.“ v. 25. 12. in 1918 516 tons Faser und 222 tons Tau im Gesamtwerte von 61 136 £ verschifft. Der Höchstpreis beträgt 97 £ je ton.

Rußland. Während vor dem Kriege bei einer Welternte von 500 000 t etwa 400 000 t aus den baltischen Provinzen auf den Weltmarkt kamen, sind in den letzten Jahren nennenswerte Mengen aus diesen Gebieten nicht ausgeführt worden. Neuerdings sind die Engländer bemüht, hier die stark zurückgegangene Produktion wieder zu heben, um ihrer heimischen Leinenindustrie die nötigen Rohstoffe zu sichern.

Deutschland. Die „Deutsche Flachsbau-Gesellschaft“ hat für Flachs aus der Ernte 1920 folgende Preise festgesetzt: Rober Stengelflachs, gute Mittelqualität 95 M. je dz, abfallende Qualitäten entsprechend niedriger, jedoch nicht unter 70 M., besonders gute Sorten entsprechend höher, jedoch nicht über 100 M.

Hanf

Philippinen. Die Verschiffungen von Manilahanf betrugen lt. „Handelsberichten“ v. 8. 1. in 9 Monaten 1919 633 471 Ballen gegen je rd. 1 Mill. in den beiden Vorjahren. Die Vorräte betrugen am 30. 9. 19 410 720 Ballen. Eine japanische Gesellschaft beabsichtigt auf den Philippinen mehrere Fabriken zur Herstellung billiger Hanfgewebe einzurichten.

Neuseeland. Die Ausfuhr von Neuseelandhanf geben die „Comm. Rep.“ nach „New Zealand Tr. Rev. and Price Current“ wie folgt an: (tons)

nach	1918	1917	1916	1915	1914	1910
Vereinigte Staaten ..	15 568	9 059	6 219	2 715	2 076	424
England	3 286	7 669	15 288	12 784	15 369	15 731
Australien	4 576	3 249	4 722	3 948	5 538	4 485
Kanada	1 572	3 538	1 444	255	237	—
übrige Länder	185	1	1	—	—	5

Insgesamt 25 167 23 516 27 674 19 702 23 220 20 645

Während der mittlere Wert 1908 noch 111 \$ je t betragen hatte, betrug er 1917 248 und 1918 268 \$.

Sisal

Mexiko. Nachdem in Yucatan der freie Markt für Mexiko-Sisal (Hennequen) wiederhergestellt ist, dürften die folgenden, einem amerikanischen Konsultatsbericht entnommenen Ausfuhrzahlen von Interesse sein: Durch die „Comision Reguladora del Mercado de Hennequen“, die mehrere Jahre die Ausfuhr völlig monopolisiert hatte, wurden im Okt. v. J. 20 128 Ballen (3436 tons) nach den Vereinigten Staaten ausgeführt, während durch unabhängige Verkäufer 55 418 Ballen (10 367 tons) verschifft wurden.

Kapok

Holland. Die Einfuhr im Jahre 1919 betrug nach den Maklerberichten des „Ind. Mercuur“ insgesamt 59 649 Ballen zu je 40–50 kg. Davon wurden 52 370 über Amsterdam und 7279 über Rotterdam eingeführt. Am 1. 1. 19 waren weder in Amsterdam noch in Rotterdam irgendwelche Vorräte an Kapok vorhanden gewesen. Verkauft wurden 1919 insgesamt 57 450 Ballen gegen 613 im Vorjahre. Der Vorrat betrug am 31. 12. 19 2199 Ballen.